

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

04
2025

DEZEMBER 2025
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

DEUTSCHER MITTELSTANDSPREIS DER MIT 2025

EIN ABEND IM ZEICHEN DER ZUVERSICHT



Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen

Weil's um mehr als Geld geht.



Foto: Picasa

Freier Handel schafft Wohlstand

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Außenwirtschaft ist für Deutschland keine Beigabe. Sie ist unser Motor. Unser Rückgrat. Unser Wohlstandsversprechen.

Seit Jahrzehnten gilt: Unsere Außenwirtschaft ist ein starkes Fundament. Fast jeder zweite erwirtschaftete Euro kommt aus dem Export. Mehr als die Hälfte unserer Arbeitsplätze hängen – direkt oder indirekt – vom Auslandsgeschäft ab. Ohne Außenhandel wäre Deutschland ein anderes Land. Ein ärmeres.

Aber aktuell wirkt der öffentlich angefeuerte Binnenkonsum als stärkerer Wachstumstreiber als die Außenwirtschaft. Doch wir alle wissen: Das trägt nur eine Weile. Er kann Investitionen und offene Märkte nicht ersetzen. Dauerhafter Wohlstand entsteht nicht allein durch Konsum – sondern durch Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und freien Handel.

Dieses Fundament ist unter Druck geraten. Immer mehr Mittelständler ziehen sich aus dem Ausland zurück. 2022 waren noch rund 880 000 Mittelständler international aktiv. Ein Jahr später fast 120 000 weniger. Ein Alarmzeichen. Denn ohne Mittelstand gibt es keinen Exporterfolg – und ohne Export keinen stabilen Wohlstand.



Die Ursachen liegen auf der Hand: China ist Wettbewerber, Systemrivale, bleibt aber auch unverzichtbarer Markt. Die USA setzen auf Zölle im Stakkato. Kriege und Krisen erschüttern Märkte.

Deshalb ist es richtig, dass die neue Bundesregierung jetzt Tempo macht. Die EU-Abkommen mit Singapur und Vietnam sind ratifiziert. Das Chile-Abkommen ebenfalls. Mercosur steht kurz vor dem Abschluss. Und das Lieferkettengesetz wurde entschärft – ein wichtiges Signal für unsere Importeure und Exporteure.

Entscheidend ist: Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Die MIT hat eine klare Haltung: **Abschottung ist keine Option. Protektionismus ist ein Irrweg. Handelskriege kennen keine Gewinner.**

Freier Handel schafft Chancen. Freier Handel schafft Stabilität. Freier Handel schafft Wohlstand. Für unsere Betriebe – und für unser Land.

Dafür machen wir uns stark. In Berlin. In Brüssel. Und überall dort, wo offene Märkte verteidigt werden müssen.

Ihre

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschafts-
union (MIT), vertreten durch
die Bundesvorsitzende Gitta
Connemann MdB und den
Hauptgeschäftsführer Bastian
Pophal

Schadowstraße 3
10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredakteurin:
Dr. Juliane Berndt

Redaktion:
Dr. Christoph Sprich
Shereef Salzmann

**Verlag, Anzeigenleitung
und Druck:**
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan
Schreyer, Frank Stuch
Projektleitung:
Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Alle Nielsen-Gebiete
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Titelbild:
Tobias Koch

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirt-
schaftsunion (MIT). Das Mittel-
standsmagazin erscheint
viermal jährlich. Für Mitglieder
der MIT ist der Bezug des
Mittelstandsmagazins im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

10



Fotos: Tobias Koch, Mongkolkeha/adobe.stock.com, Rosi/stock.adobe.com, Jan-Philipp Burmann, VDA, privat

16



MIT:EDITORIAL
**Freier Handel
schafft Wohlstand**
von Gitta Connemann

3

MIT:KOLUMNE
von Julian Olk:
Verpasste Chance

8

MIT:TITEL
**Mittelstandspreis
der MIT 2025**
Das war die Krönung

10

MIT:REPORT
**Außenwirtschaftspolitik
für den Mittelstand**
Neue Realitäten,
neue Antworten

16

MIT:NAMENSBEITRAG
**Offene Märkte statt
neuer Mauern**
Namensbeitrag von
Hildegard Müller

20

MIT:REPORT
**Der Mittelstand
in der Energieklemme**
Versorgungssicherheit ist
kein Nischenthema

22



22

MIT:NAMENSBEITRAG
**Der Binnenmarkt muss bis 2028
deutlich ausgebaut werden**
Namensbeitrag von Marion Walsmann

25

MIT:INTERVIEW
**Oliver Zander, Hauptgeschäfts-
führer von Gesamtmetall**
„Die Rente braucht Strukturreformen,
nicht Symbolpolitik“

26



26

20



25



MIT:FAKTEN
20 Prozent der Stellenausschreibungen mit
Homeoffice | Gen Z setzt auf Flexibilität und
berufliche Entwicklung | Mehr arbeiten?
Ja – wenn die Steuern & Abgaben sinken |
Weiterbeschäftigung älterer Mitarbeiter steigt |
Mittelstand auf Rekordhoch

6-7, 9

MIT: INSIDE
Mach's gut, lieber Fabian!

33

EU-Check

32

Neumitglieder

32

Mitgliederstatistik

34



20 Prozent der Stellenausschreibungen mit Homeoffice

Jede fünfte Stellenausschreibung enthält die Option, im Homeoffice zu arbeiten, meldet das ifo Institut. 2019 lag der Anteil der Anzeigen mit Homeoffice noch unter 5 Prozent. Während der Corona-Pandemie ist der Anteil von Stellenanzeigen mit Homeoffice-Option exponentiell gestiegen und liegt seit 2023 stabil bei rund 20 Prozent.

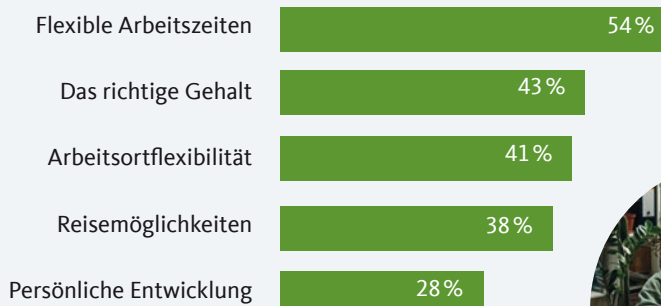
Allerdings gibt es starke Unterschiede zwischen Branchen und Regionen. Besonders hoch war der Anteil an Homeoffice-Stellen im ersten Halbjahr

2025 in den Bereichen Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (42 Prozent), Information und Kommunikation (33 Prozent) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (31 Prozent).

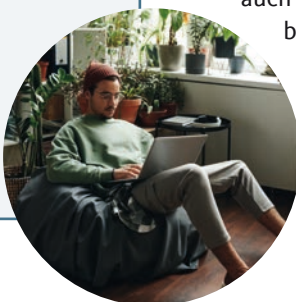
Spitzenreiter bei Stellenausschreibungen mit Homeoffice sind Köln (35,8 Prozent), Stuttgart (34,9 Prozent) und Düsseldorf (34,8 Prozent). Am Ende der Rangliste stehen die Landkreise Vorpommern-Rügen (4,9 Prozent), Weimarer Land (4,7 Prozent) und der Wartburgkreis (4,5 Prozent).

Gen Z setzt auf Flexibilität – und berufliche Entwicklung

Flexibilität, Geld, Entwicklung: Das will die Gen Z im Beruf



Randstad hat die Top-5-Prioritäten junger Menschen im Berufsleben aufgelistet: flexible Arbeitszeiten (54 Prozent), das richtige Gehalt (43 Prozent), Arbeitsortflexibilität (41 Prozent), Reisemöglichkeiten (38 Prozent) sowie Gelegenheiten für persönliche Entwicklung (28 Prozent). Das zeige, so Randstad, dass „langfristig neben der Flexibilität auch die Möglichkeiten zur persönlichen und beruflichen Entwicklung an Bedeutung“ gewinnen. Bei gleichem Gehalt werde sich die Gen Z für den Job entscheiden, der ihnen bei der Entwicklung und dem Blick über den Tellerrand hinaus die besten Perspektiven bietet.



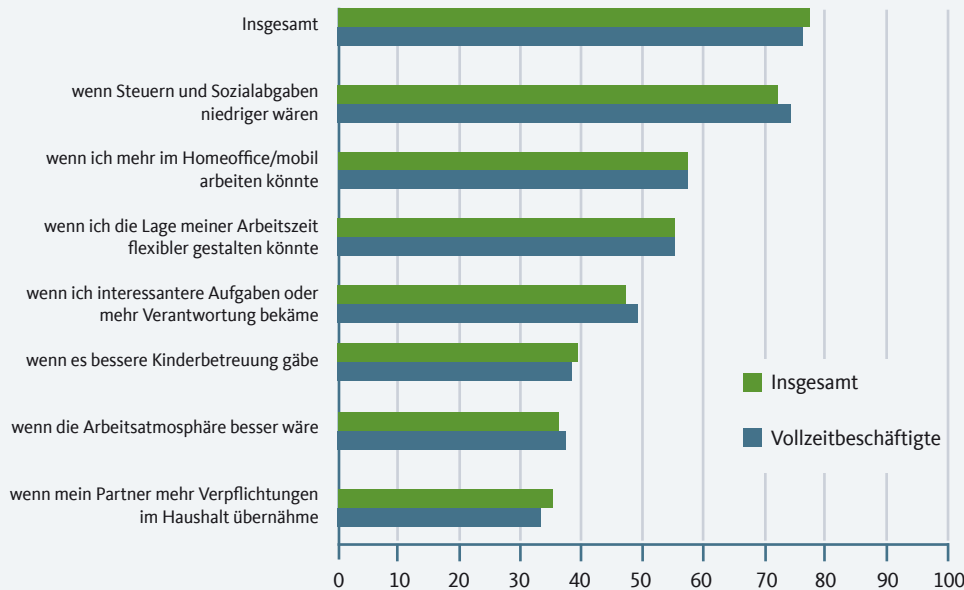
Quelle: Randstad Studie: Der Gen Z-Blueprint für die Arbeitswelt

Mehr arbeiten? Ja – wenn die Steuern & Abgaben sinken

Mehrarbeit? Gern! Eine neue IW-Beschäftigtenbefragung zeigt: 77 Prozent der interessierten Arbeitnehmer würden mehr arbeiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmten. Die wichtigste Voraussetzung: niedrigere Steuern und Sozialabgaben (72 Prozent). Außerdem wird deutlich: Unter 30-Jährige sind mit 86 Prozent grundsätzlich viel häufiger bereit, mehr zu arbeiten als 55-Jährige und Ältere – hier sind es lediglich 69 Prozent.

Fazit: „Wenn die Politik will, dass die Leute wieder mehr arbeiten und dadurch den Wohlstand sichern, muss sie die richtigen Rahmenbedingungen schaffen“, sagt IW-Studienautor Holger Schäfer.

Befragte, die bei entsprechendem Lohnausgleich zu einer Ausweitung ihrer Arbeitszeit bereit wären (Anteil in Prozent)



Quelle: IW-Beschäftigtenbefragung 2025

Weiterbeschäftigung älterer Mitarbeiter steigt

Die Bindung älterer Beschäftigter an den Arbeitsmarkt wird immer wichtiger. Eine Sonderbefragung der KfW zeigt, dass rund ein Drittel (32,4 Prozent) der KMU in Deutschland grundsätzlich eine Weiterbeschäftigung von Mitarbeitern nach Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters ermöglicht. Der Anteil variiert allerdings stark nach Unternehmensgröße und Branche: Während 71 Prozent der Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten entsprechende Angebote machen, sind es bei Kleinstbetrieben mit weniger als fünf Beschäftigten nur 26 Prozent. Branchenbedingt bieten vor allem Betriebe im verarbeitenden Gewerbe häufiger Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten an als etwa im Baugewerbe.

Die Erwerbstätigkeit älterer Menschen in Deutschland hat in den Jahren deutlich zugenommen. So stieg die Erwerbstätigenquote der 65- bis 69-Jährigen von 14 Prozent im Jahr 2014 auf 21 Prozent im Jahr 2024 – ein Wert, der über dem EU-Durchschnitt liegt.



Foto: apratim/stock.adobe.com; pressmaster/stock.adobe.com; Robert Kneschke/stock.adobe.com

Verpasste Chance

Von Julian Olk



Julian Olk ist Korrespondent für die Themen Wirtschaftspolitik, Konjunktur und Ökonomie im Berliner Hauptstadtbüro des Handelsblatts. Olk studierte Volkswirtschaftslehre und Journalistik an der TU Dortmund und volontierte beim Handelsblatt.

Deutschland muss sich verändern, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Das gilt für die politischen Rahmenbedingungen, aber auch für die Wirtschaft selbst. Manchmal Pleiten müssen wir verhindern – aber längst nicht alle.

Ein oftmals wahrheitsgemäßer Spruch in der Politik lautet: Wenn du nicht mehr weiterweißt, bilde einen Arbeitskreis. Seit ein paar Jahren würde er aber auch so funktionieren: Wenn du nicht mehr weiterweißt, rufe Deindustrialisierung. Die Angst vor dem Ausverkauf von Deutschlands stolzem, wichtigen Wirtschaftssektor ist zum parteiübergreifenden Mittel geworden, die scheinbar eigene Wirtschaftsfreundlichkeit zu untermauern. Sätze wie „Ich rette die Industrie“ hat inzwischen jeder Spitzenpolitiker von sich gegeben. Angeschlossen von „Und wer sich gegen mich stellt, ist ein Deindustrialisierer“.

Bloß führt diese nicht mehr bloß rhetorische Überspitzung mittlerweile dazu, dass sie der Wirtschaft mehr schadet als hilft. Deindustrialisierung wird in der öffentlich-politischen Debatte mittlerweile nicht mehr so definiert, signifikante Teile des verarbeitenden Gewerbes zu verlieren. Stattdessen wird schon jeder kleine Verlust in diesem Sektor als Deindustrialisierung gebrandmarkt. Das ist es, was uns Wohlstand kostet.

Vorweg sei klargestellt: Jene Träume, Deutschland könne sich tatsächlich großflächig deindustrialisieren, sich in eine Dienstleistungsgesellschaft wandeln und so seinen Wohlstand halten, sind natürlich genau das: Träumereien. Deutschland braucht eine starke Industrie.

Eine starke Industrie aber kann in Zukunft nicht die gleiche sein, die sie heute ist. Standortfaktoren verändern sich, und mit Blick auf einige Industrieunternehmen in Deutschland muss man sagen: Sie verschlechtern sich.

Der hohe Anteil an energieintensiven Branchen wie Stahl, Chemie oder Glas war einst ein Ausdruck guter Standortbedingungen, insbesondere in Form von billiger Energie. Das hat sich geändert. Und egal, welche Schritte zum Umsteuern bei der Energiewende noch unternommen werden, wird sich das auch nicht ändern. Ja, es sind deutlich günstigere Energiepreise in Deutschland möglich als aktuell. Nein, ein Standortvorteil wird Energie in Deutschland nicht mehr werden.

Auch der Einfluss der Politik auf andere Rahmenbedingungen ist vorhanden, mit viel Luft nach oben, aber am Ende nicht die alleinige Lösung. Natürlich müssen Unmengen an Büro-

kratie abgebaut und die Last bei Steuern und Sozialabgaben begrenzt werden. Das wird vielen Unternehmen, gerade der Industrie, helfen. Aber nicht alle werden dadurch allein ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell erhalten.

Subventionen können an wenigen, gezielten Stellen eine Brücke sein, bis diese Rahmenbedingungen stehen. Natürlich brauchen wir bestimmte Produktionskapazitäten auch der energieintensiven Industrie weiter in Deutschland, allein schon aus Resilienzgründen. Aber wenn wir sagen, wir brauchen deswegen weiter alles, führen wir den Resilienz-Gedanken ad absurdum.

Es wird Industrieunternehmen geben, die eine endlose Brücke bräuchten. Das kann und sollte sich der Staat nicht leisten. Schließlich wird uns das am Ende Wohlstand kosten, weil wir den „Cleansing-Effekt“ blockieren: Unproduktive Unternehmen scheiden aus dem Markt aus und schaffen Raum für neue Geschäftsmodelle. Alte und neue Geschäftsmodelle zugleich wird allein schon wegen des Mangels an Arbeitskräften nicht möglich sein.

Politik und Wirtschaft müssen es gleichermaßen zulassen, dass Deutschland es aus der „Midtech-Falle“ heraus schafft: Wir sind unheimlich gut im Verfeinern bestehender Technologien, aber nicht gut im Entwickeln neuer. Aber genau diese sind jetzt gefragt denn je, und zwar gerade in der Industrie. Deutschland braucht also keine Deindustrialisierung, sondern eine Umindustrialisierung, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

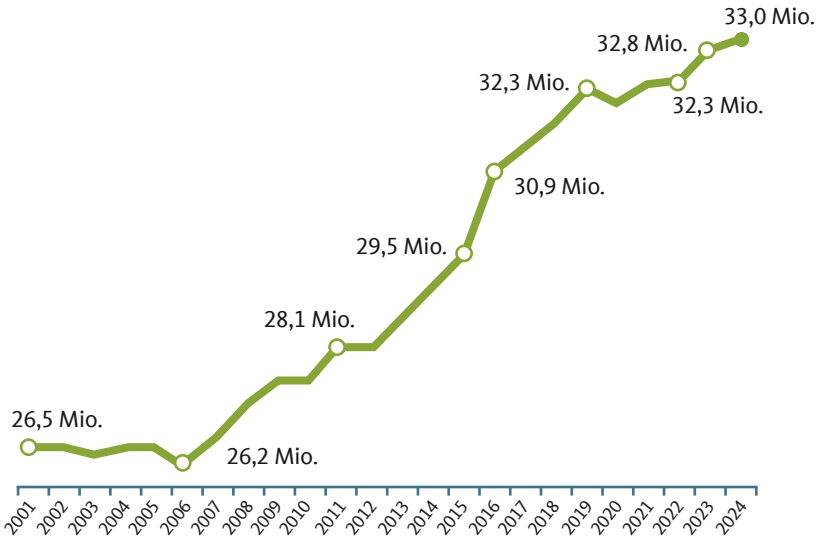
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Mittelstand auf Rekordhoch

Der Mittelstand in Deutschland hat so viele Beschäftigte wie nie. Gut 33 Millionen Erwerbstätige zählten die kleinen und mittleren Unternehmen im Jahr 2024, meldet die KfW. Die Gesamtumsätze der 3,87 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen stiegen im Jahr 2024 leicht um 2 Prozent auf 5,2 Billionen Euro. Preisbereinigt ergab sich zwar ein leichtes Minus von einem Prozent – ein Jahr zuvor hatte das Minus aber noch bei 10 Prozent gelegen.

Und: Die Unternehmen steigerten die durchschnittliche Eigenkapitalquote im Jahr 2024 wieder leicht auf 30,7 Prozent. Der Anteil schwach kapitalisierter Mittelständler mit Eigenkapitalquoten von unter 10 Prozent sank deutlich um 5,2 Prozentpunkte auf 28,4 Prozent. Eine negative Eigenkapitalquote wiesen nur noch 6 Prozent der Unternehmen auf, ein Jahr zuvor waren es noch doppelt so viele gewesen.

Erwerbstätige im Mittelstand



Anzeige

Investitionsbank Berlin

Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747
ibb.de/wachsen

Foto: Handelsblatt

Der Mittelstandspreis der MIT bekam in diesem Jahr königlichen Besuch

DAS WAR DIE KRÖNUNG



1. Die Gewinner und Gastgeber des Mittelstandspreises der MIT (v.l.n.r.): Andreas Voßkuhle, Julia Jäkel, Jury-Präsidentin Jana Schimke, Botschafter Oleksii Makeiev, Thomas de Maizièr, Königin Silvia von Schweden, Peer Steinbrück, Gastgeberin Gitta Connemann, von Proxima Fusion: Maria Dantz, Francesco Sciortino und Lucio Milanese
2. Bundeskanzler Friedrich Merz überreicht Königin Silvia von Schweden den Sonderpreis
3. Kategorie Politik: Laudator Johann Wadephul mit Botschafter Oleksii Makeiev und Gitta Connemann, die durch den Abend führte



Am 25. November haben wir im Allianz Forum am Brandenburger Tor in Berlin zum elften Mal den Deutschen Mittelstandspreis der MIT verliehen. Dieses Mal hatten wir sogar royalen Besuch: Königin Silvia von Schweden erhielt den Sonderpreis – und rührte die über 500 Gäste der von Gitta Connemann moderierten Gala mit ihren bewegenden Worten.

Die Monarchin hatte den Preis für ihren jahrzehntelangen Einsatz für freiheitliche Werte und ihr soziales Engagement erhalten – ein Wirken, das weit über die Grenzen Schwedens hinausreicht. Königin Silvia betonte in ihrer Dankesrede, den Sonderpreis nehme sie „stellvertretend für all jene Menschen entgegen, die jeden Tag dafür arbeiten, dass Kinder geschützt werden, Familien Unterstützung finden und Menschen in schwierigen Lebenssituationen nicht allein gelassen werden“.

Jahrzehntelanges soziales Engagement

Die Laudatio auf die Königin hielt Bundeskanzler Friedrich Merz. Er würdigte ihr jahrzehntelanges soziales Engagement und vor allem ihren Kampf gegen den Missbrauch von Kindern. Wer sich dieses Themas annehme, blicke in tiefste menschliche Abgründe und entscheide sich dafür, nicht wegzuschauen

und das Leid zu lindern, sagte der CDU-Vorsitzende. Dieses Engagement verdiene „unser aller größten Respekt“. Gewalt gegen Kinder sei so ziemlich „das schrecklichste, das herzloseste aller Verbrechen“.

Die in Heidelberg geborene Königin Silvia hat 1999 die World Childhood Foundation gegründet, die sich dem Schutz von Kindern verschrieben hat. Im nächsten Jahr feiert sie ihr 50. Thronjubiläum und ist schon jetzt die am längsten amtierende Königin Schwedens. Merz lobte ihre Herzenswärme bei gleichzeitiger Bodenständigkeit.

Widerstand gewürdigt

Auch der Preis in der Kategorie Politik hatte Gänsehaut-Faktor: Er ging an das ukrainische Volk, das sich seit fast vier Jahren der russischen Invasion widersetzt und damit auch die Freiheit Europas verteidigt. Den Preis nahm der ukrainische Botschafter S. E. Oleksii Makeiev entgegen. Die Laudatio auf diesen Preis hielt Bundesaußenminister Johann Wadephul. Er betonte: „Alle Entscheidungen, die die Ukraine betreffen, dürfen nur mit der Ukraine und mit Europa getroffen werden.“

Die MIT zeichnet mit dem Mittelstandspreis Persönlichkeiten aus Mittelstand, Politik und Gesellschaft aus, die sich in besonderer Weise für die Freiheit und die Soziale Marktwirtschaft engagiert haben.





Notwendige Staatsreform

Kein Wunder also, dass der Preis in der Kategorie Gesellschaft dieses Mal an die „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ unter der Leitung von Julia Jäkel, Bundesministerin a.D. Thomas de Maizière, Bundesverfassungsgerichtspräsident a.D. Andreas Voßkuhle und Bundesminister a.D. Peer Steinbrück ging. Damit würdigt die MIT das überzeugende und klare Eintreten der Initiative für eine notwendige Staatsreform. Die Laudatio auf sie hielt der Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung Karsten Wildberger.

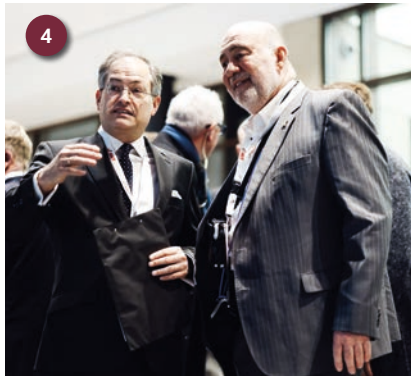
Er sagte: „Unser Land braucht Menschen, die mit Mut und Entschlossenheit vorangehen – gerade dann, wenn die Widerstände groß sind. Die ‚Initiative für einen handlungsfähigen Staat‘ hat Defizite schonungslos offengelegt. Ihre Vorschläge haben den Koalitionsvertrag maßgeblich geprägt und entscheidend dazu beigetragen, dass es erstmals ein Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung gibt. Beide Themen gehören eng zusammen: Ein schlanker, handlungsfähiger Staat ist immer auch ein digitaler Staat. Es ist die zentrale Aufgabe dieser Regierung, die Impulse der Initiative aufzugreifen und Freiraum für Innovation und die Entfaltung digitaler Technologien zu schaffen.“

Der Unternehmenspreis wies in Richtung Zukunft! Jury-Präsidentin Jana Schimke zeichnete mit Proxima Fusion eines der innovativsten und forschungsintensivsten Start-ups unseres Landes aus. Das Unternehmen forscht im Bereich der Kernfusion.

Die Gäste ließen den Abend im Glanz des erleuchteten Brandenburger Tors ausklingen – eines steht fest: Diese Preisverleihung wird so schnell niemand vergessen.



- 1. Königin Silvia von Schweden erinnerte in ihrer Dankesrede an die Schwächsten der Gesellschaft – die Kinder
- 2. MIT-Schatzmeister Michael Littig mit Lara Polster
- 3. Karsten Wildberger während seiner Laudatio
- 4. MIT-Chefvolkswirt Christoph Sprich mit Israels Botschafter Ron Prosor



- 5. Friedrich Merz begrüßt Botschafter Olexii Makeiev
- 6. Dorin Muthel-Brenncke, MIT-Landeschefin Mecklenburg-Vorpommern
- 7. INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben im Gespräch mit Gregor du Moulin (Häner und Partner)
- 8. Bundeskanzler Friedrich Merz während seiner Laudatio auf Königin Silvia
- 9. Jury-Präsidentin Jana Schimke
- 10. Laudator Karsten Wildberger mit den Organisatoren der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“: Peer Steinbrück, Andreas Voßkuhle, Julia Jäkel und Thomas de Maizière; Moderatorin Gitta Connemann (v.l.)
- 11. CDU-Vize-Generalsekretärin Christina Stumpp
- 12. Außenminister Waidephul gratuliert Olexii Makeiev
- 13. Gebannt lauschen Gitta Connemann und Königin Silvia der Laudatio des Kanzlers
- 14. Der Unternehmens-Preis: Laudatorin Jana Schimke mit Francesco Sciortino, Maria Dantz und Lucio Milanese von Proxima Fusion

Fotos: Tobias Koch

Die Preisträger auf einen Blick

Kategorie SONDERPREIS:
Preisträgerin: Ihre Majestät Königin Silvia von Schweden
Laudatio: Bundeskanzler Friedrich Merz

Kategorie POLITIK:
Preisträger: Das ukrainische Volk – vertreten durch Seine Exzellenz, den Botschafter der Ukraine, Oleksii Makeiev
Laudatio: Bundesaußenminister Johann Wadephul

Kategorie GESELLSCHAFT:
Preisträger: Initiative für einen handlungsfähigen Staat: Julia Jäkel, Thomas de Maizière, Peer Steinbrück, Andreas Voßkuhle
Laudatio: Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Karsten Wildberger

Kategorie UNTERNEHMEN:
Preisträger: Proxima Fusion GmbH
Laudatio: Jana Schimke, Vorsitzende der Jury



- 1. Die strahlende Gastgeberin Gitta Connemann...
- 2. ...hier im Gespräch mit Wolfgang Schleicher, Geschäftsführer beim Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft
- 3. Gabriele Köstner (Müller-Zeiner Industrieverpackungen) im Gespräch
- 4. Annalena Weber (VDMA)
- 5. BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki
- 6. Stephan Hauschild (MIT Thüringen)
- 7. Martin Ruppmann (INSA Consulere) mit Elmar Kühn (UNITI)



- 8. Claus Widrig (CDU-Auslandsverband-Schweiz) unterhält sich mit Sonja Bach-Meiers (UBG)
- 9. Thorsten Alsleben und Tilman Kuban
- 10. Angela Erwin, Landesvorsitzende der MIT NRW
- 11. Lukas Hanstein (ZVO)
- 12. Unions-Fraktionschef Jens Spahn (re.) begrüßt Königin Silvia von Schweden
- 13. Achim Dercks (DIHK) und Matthias Heider (AIF)
- 14. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann begrüßt die Monarchin
- 15. MIT-Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal
- 16. Herzlicher Austausch: Königin Silvia und Gitta Connemann
- 17. Matthias Lange (Allianz)



Fotos: Tobias Koch

Neue Realitäten, neue Antworten:

Außenwirtschaftspolitik für den Mittelstand

Unser Wohlstand hängt vom freien Zugang zu Auslandsmärkten ab. Der Zugang zu Rohstoffen und der Schutz sicherheitsrelevanter Technologien werden jetzt immer wichtiger



Die deutsche Wirtschaft ist ein Global Player. Als rohstoffarmes Land sind wir abhängig von Beschaffungsmärkten. 2024 wurden Waren im Wert von 1,4 Billionen Euro importiert, etwa halb so viel wie die gesamte Wirtschaftsleistung in Deutschland. Gleichzeitig verschickten wir Waren im Wert von 1,6 Billionen Euro ins Ausland. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt bei uns vom Export ab. Mit einem Anteil an der Weltbevölkerung von nur einem Prozent stellt Deutschland sechs Prozent der weltweit gehandelten Güter.

Noch deutlicher wird die Internationalisierung bei den Auslandsinvestitionen. Über Auslandsbeteiligungen sind deutsche Investoren für rund acht Millionen Arbeitsplätze im Ausland verantwortlich – das entspricht etwa der Anzahl der Industriearbeitsplätze zuhause in Deutschland. Die Unternehmen erwirtschaften über ihre Investitionen Auslandsumsätze in einer Höhe, die unsere Exporte um mehr als das Doppelte übersteigen.

Besonders der Mittelstand profitiert von der internationalen Ausrichtung. Unzählige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf dem Weltmarkt erfolgreich. Über 300.000 deutsche KMU exportieren, meist auch in Länder außerhalb der EU. Nicht wenige – schätzungsweise mindestens 1.500 – dieser Unternehmen sind als „Hidden Champions“ Weltmarktführer in ihren jeweiligen Nischenmärkten. Viele weitere Unternehmen profitieren als Teil von Lieferketten von international erfolgreichen Großunternehmen.



Stefan Rouenhoff,
Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie

„In der Außen- und Entwicklungspolitik wird sich die neue Bundesregierung wieder stärker an unseren wirtschaftspolitischen Interessen orientieren.“

Außenwirtschaftspolitik gefordert wie nie

Die Außenwirtschaftspolitik steht vor der gewaltigen Aufgabe, mit dem raschen Wandel in der Weltwirtschaft Schritt zu halten. Multilaterale Institutionen wie die WTO stehen unter Druck. Globale Lieferketten werden politisiert, Protektionismus und geopolitische Spannungen gefährden den Zugang zu Märkten. Der geoökonomische Wettbewerb mit USA und China zwingt zur Neuausrichtung. Der Zugang zu Rohstoffen und der Schutz sicherheitsrelevanter Technologien gewinnen an Bedeutung.

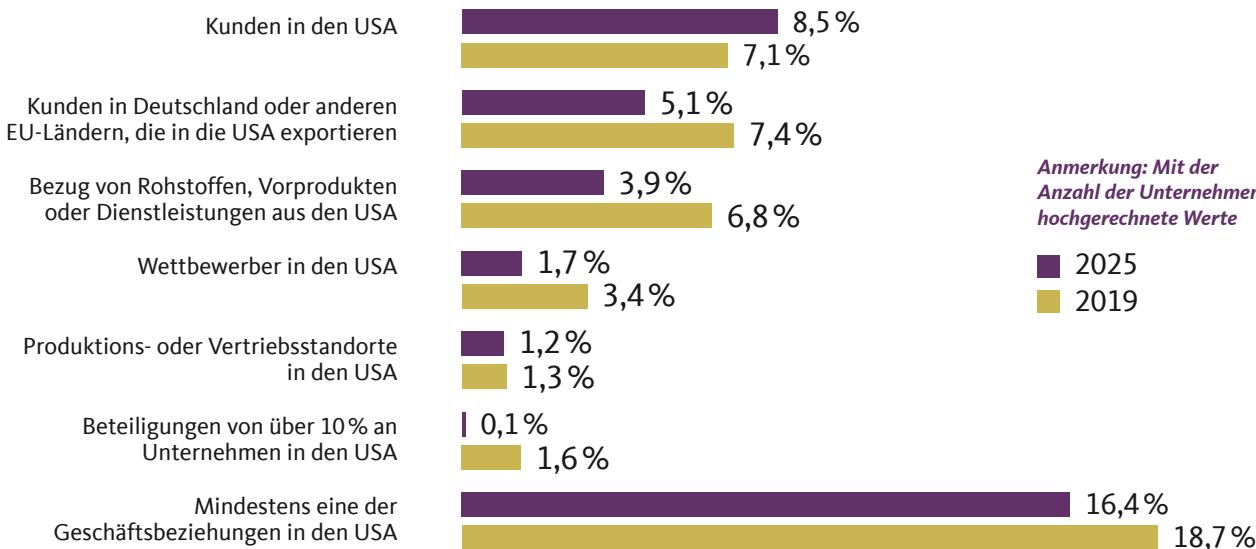
Leider wurde die letzte Bundesregierung den Herausforderungen nicht gerecht, die Fortschritte in der Außen-

wirtschaftspolitik waren enttäuschend. Ungeachtet dessen hat sich die MIT in den vergangenen Jahren intensiv mit den globalen Herausforderungen auseinandergesetzt. Viele der MIT-Forderungen finden sich im Grundsatzprogramm und im Regierungsprogramm der CDU. Der aktuelle Koalitionsvertrag stellt nun Weichen für die Außenwirtschaftspolitik. Der Fahrplan der Bundesregierung ist klar: „In der Außen- und Entwicklungspolitik wird sich die neue Bundesregierung wieder stärker an unseren wirtschaftspolitischen Interessen orientieren“, so Stefan Rouenhoff, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

In der Außenwirtschaftspolitik hat die neue Bundesregierung mehrere Gänge hochgeschaltet. Mit der Ratifizierung der EU-Investitionsschutzabkommen mit Singapur und Vietnam hat sie die wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen dynamischen Märkten gestärkt. Zudem ratifiziert sie das Rahmenabkommen der EU mit Chile. Auch auf der Seite der Importe wurden MIT-Forderungen eingelöst. Stefan Rouenhoff: „Die Sicherung der Rohstoffversorgung ist nicht mehr nur eine betriebswirtschaftliche Aufgabe einzelner Unternehmen, sondern eine strategische Herausforderung für Politik und Wirtschaft.“ Außerdem beschloss die Bundesregierung eine deutliche Entschärfung schädlichen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Es werden keine Unternehmensberichte mehr geprüft, gegen Unternehmen werden keine neuen Verfahren eingeleitet. Importierende Unternehmen sind von einer schweren Bürde befreit.

Geschäftsbeziehungen des deutschen Mittelstands in den USA

Anteil der Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen in den USA unterhalten, an allen Unternehmen (in Prozent)



Anmerkung: Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnete Werte

■ 2025
■ 2019

Quelle: Sonderbefragungen zum KfW-Mittelstandspanel im Januar 2025 und September 2019

Fotos: plynikv/stock.adobe.com; BMW / Susanne Eriksson

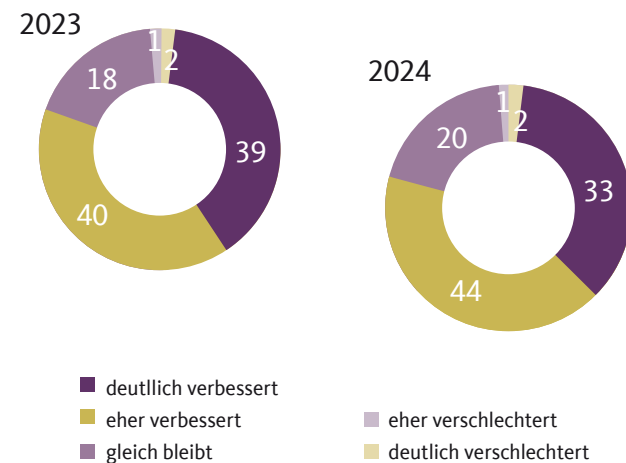
Wolfgang Niedemark, Mitglied
der Hauptgeschäftsführung
des Bundesverbands der
Deutschen Industrie (BDI)



„Jetzt müssen alle an einem Strang ziehen, um die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen in dieser schwierigen Phase zu stabilisieren.“

Im Verarbeitenden Gewerbe erwartete Entwicklung der internationalen Wettbewerbsposition

Anteil der Unternehmen in Prozent, die erwarten, dass sich ihre Wettbewerbsposition in den kommenden drei Jahren im Vergleich zu ihren wichtigsten Wettbewerbern deutlich verbessert / eher verbessert / gleich bleibt / eher verschlechtert / deutlich verschlechtert.



Anmerkung: Nur Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, für die Wettbewerber im Ausland eine wichtige Rolle spielen. Mit der Anzahl der Unternehmen hochgerechnet.

Herausforderungen der Außenwirtschaftspolitik

Doch es bleibt viel zu tun. Europa muss handlungsfähig gemacht werden. Die Bundesregierung muss eine Führungsrolle dabei einnehmen, um Europa angesichts von Handelskonflikten zu einen. Das ist auch eine zentrale Forderung der deutschen Industrie. Wolfgang Niedemark, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), sagt: „Die EU muss jetzt zeigen, dass sie mehr ist als ein Binnenmarkt – sie muss Machtfaktor sein:

Wir brauchen eine Strategie für eine wettbewerbsfähige und resiliente Wirtschaft sowie den politischen Willen, im globalen Machtgefüge selbstbewusst mitzuspielen.“

Zu den Herausforderungen gehört außerdem, sich von selbstauferlegten Belastungen zu verabschieden. Ein bürokratischer Grenzausgleichsmechanismus CBAM, die EU-Lieferkettenregulierung oder immer neue Umwelt- und Arbeitsschutzstandards belasten unsere Unternehmen und sind das falsche handelspolitische Signal an unsere Handelspartner. Darüber hinaus müssen wir geostrategische Allianzen stärken. Es wäre fahrlässig, sich auf die angeschlagene WTO zu verlassen. Die MIT will die G7 um weitere Staaten erweitern. Wir wollen den Zugang zu Rohstoffen sichern und weitere Handelspartnerschaften abschließen. Dabei muss es ab jetzt wieder erklärtes Ziel von Handelsabkommen sein, Handel zu fördern und nicht, Sozial- und Umweltbürokratie in alle Welt zu tragen. Auch Auslandsinvestitionen brauchen wieder mehr Förderung durch wirksamen rechtlichen Schutz.

Im Umgang mit China muss es die Bundesregierung schaffen, dem Wirtschaftspartner und Systemrivalen aus eigener Stärke heraus zu begegnen. Wir wollen, dass China bei der WTO der Status als Entwicklungsland entzogen wird. Bei erwiesenem Dumping muss die EU Stärke zeigen und handelspolitische Schutzinstrumente effizient nutzen. Schließlich ist für die MIT die Stärkung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft wichtig – trotz aller Schwierigkeiten im Umgang mit der Trump-Administration. Für den Mittelstand sind die USA wichtigstes Exportziel außerhalb der EU. Jedes sechste KMU hat dort Kunden, Zulieferer oder Wettbewerber. Bessere transatlantische Beziehungen erhofft sich auch die deutsche Industrie. Positiv ist, dass Bundeskanzler Friedrich Merz die Beziehungen zu den USA bereits erheblich verbessern konnte. Das langfristige Ziel muss ein Handelsabkommen mit den USA sein.

Protektionismus ist die größte Gefahr

Große Gefahren für die deutsche Wirtschaft würde es mit sich bringen, wenn sich die Politik durch die aktuellen geo-

politischen und geoökonomischen Herausforderungen zu Abschottung und Protektionismus verführen lassen würde. Deutschland und Europa sind Gewinner von Globalisierung und Marköffnung. Handelskriege kennen am Ende nur Verlierer – unabhängig davon, wer die Kontrahenten sind. Protektionismus vernichtet Wohlstand und begrenzt Wachstumschancen. Am Ende tragen immer Verbraucher und Unternehmen, insbesondere der Mittelstand, die finanziellen Auswirkungen. Auch die Wirtschaft warnt. Dr. Dirk Jandura, der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA): „Protektionismus ist ein Reflex – aber keine Strategie. Statt mutig in Innovation und neue Geschäftsmodelle zu investieren, wird jetzt zunehmend nach staatlichem Schutz gerufen.“ Gerade angesichts von Handelskonflikten setzt sich die MIT für freien Handel ein.

Fazit: Die deutsche Wirtschaft ist international vernetzt, gerade der Mittelstand ist Gewinner der Globalisierung. Unser Wohlstand hängt vom freien Zugang zu Auslands-

märkten ab. „Die Ampel“ hat diesem Thema zu wenig Beachtung geschenkt. Für die Mittelstands- und Wirtschaftsunion und für die neue Bundesregierung hat Freihandel einen hohen Stellenwert, auch angesichts der handelspolitischen Herausforderungen. Die MIT hat darauf hingewirkt, eine starke außenwirtschaftspolitische Agenda in der Programmatik der Union und im Koalitionsvertrag zu verankern. Seit dem Regierungswechsel kommt diesem entscheidenden Thema eine zentrale Bedeutung zu.

Erste Erfolge wurden bereits erzielt, doch die Herausforderungen steigen. Um unsere Rolle in der Weltwirtschaft zu sichern und die globale Wettbewerbsfähigkeit von KMU zu stärken sind noch erhebliche Anstrengungen notwendig. Die MIT wird die politischen Entwicklungen verfolgen und sich mit Kraft und Kompetenz für eine erfolgreiche Außenwirtschaft einsetzen.



Dr. Christoph Sprich
Referent für Wirtschaft und Steuern
sprich@mit-bund.de

Anzeige

Energie für Blitzschnell Weiter

TESTSIEGER
UPS-Einsatzverleih Vergleich
Auto 600
EnBW mobility+
13 Betreiber von Schnellladestationen im Vergleich
Mai 2023

connect
TESTSIEGER
ELEKTROMOBILITÄTS-ANBIETER
EnBW mobility+
Oktober 2023
www.connect.de

Willkommen im größten Schnellladenetz Deutschlands.
Unsere Energie Bewegt Was
enbw.com/emob

Fotos: BDI/Christian Kruppa, GA, Christian Lietzmann

„Protektionismus ist ein Reflex – aber keine Strategie.“

Dr. Dirk Jandura, der Präsident
des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel,
Dienstleistungen (BGA)



Offene Märkte statt neuer Mauern

Ein Namensbeitrag
von Hildegard Müller,
Präsidentin des
Verbandes der Auto-
mobilindustrie

Zunehmende geopolitische Spannungen und wachsende protektionistische Tendenzen stellen die global aufgestellte Automobilindustrie und viele andere Branchen vor erhebliche zusätzliche Herausforderungen. Ob US-Zölle, EU-Ausgleichsabgaben auf E-Autos aus China oder chinesische Exportrestriktionen bei kritischen Rohstoffen – die internationale Arbeitsteilung gerät unter Druck. Auch in Europa mehrten sich die Stimmen, die auf Abschottung statt auf Austausch setzen.

Doch eine Politik, die auf Protektionismus statt auf Partnerschaft setzt, schwächt unsere Wirtschaft. Gerade für eine Exportnation wie Deutschland sind offene Märkte, internationale Wertschöpfungsketten und regelbasierter Handel die Grundlage unseres Wohlstands. Diese Prin-

zipien haben Europa stark gemacht – und sie müssen wieder in den Mittelpunkt rücken. Zu den Hausaufgaben für die Politik gehört natürlich auch endlich wieder die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Europas auf allen Ebenen anzugehen. Nur so können die erheblichen Investitionen, die beispielsweise die Autoindustrie tätigt, ihre maximale Wirkung entfalten.

Stärke strategisch nutzen

Deutschland und Europa müssen sich daher entschlossen für freien Marktzugang und eine regelbasierte internationale Zusammenarbeit einsetzen. Nur durch Dialog, Kooperation und gegenseitiges Vertrauen können faire Wettbewerbsbedingungen und wirtschaftliche Stabilität gesichert werden.

Foto: VDA

„Wirtschaft und Geopolitik dürfen dabei in Berlin und Brüssel nicht getrennt voneinander gedacht werden.“

„Eine Politik, die auf Protektionismus statt auf Partnerschaft setzt, schwächt unsere Wirtschaft.“

Das gilt auch und gerade für den Umgang mit China. Entscheidend ist, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen und ein Level Playing Field gelten. Hier ist zuletzt ein Ungleichgewicht entstanden. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland, Europa und China im Gespräch bleiben, Herausforderungen offen ansprechen und gemeinsam Lösungen finden.

Wirtschaft und Geopolitik dürfen dabei in Berlin und Brüssel nicht getrennt voneinander gedacht werden. Europäische wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit und globale Relevanz. Diese Stärke muss Europa strategisch nutzen – mutig, verantwortungsvoll und mit einer klaren gemeinsamen Stimme.

Die EU muss pragmatischer agieren

Dazu gehört insbesondere, den europäischen Binnenmarkt weiter zu vertiefen sowie eine aktive und pragmatische Handelspolitik zu betreiben. Freihandelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften schaffen Wachstum, Arbeitsplätze sowie Vertrauen und stärken die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Partnern weltweit. Die EU ist hier gefordert, künftig deutlich schneller und auch wesentlich pragmatischer zu agieren, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Geschwindigkeit, Entschlossenheit und Partner-

schaft auf Augenhöhe sind entscheidend – im Bewusstsein unterschiedlicher Interessen, historischer Erfahrungen und wirtschaftlicher Realitäten.

Spannungen dürfen nicht zu Abschottung verleiten

Fakt ist: Nur eine starke, exportorientierte und innovative Industrie kann die großen Transformationen unserer Zeit bewältigen und global Verantwortung übernehmen. Insbesondere der automobilen Mittelstand ist eine wichtige Säule der europäischen Automobilindustrie. Zulieferer inklusive der Entwicklungsdienstleister zeichnen sich durch regionale Verbundenheit, weltweite Netzwerke, attraktive Arbeitsplätze und hohe Innovationskraft aus und sind für rund 75 Prozent der Wertschöpfung am Fahrzeug verantwortlich.

Deutschland und Europa müssen daher zudem alles tun, um Standort, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu stärken – das schafft eine starke Verhandlungsposition, fördert Investitionen und treibt Innovationen voran. Krisen und Spannungen dürfen nicht zu Abschottung verleiten, sondern müssen Ansporn sein, neu zu denken, Prioritäten zu setzen und mutig zu handeln.

Der Mittelstand in der Energieklemme



Versorgungssicherheit ist kein Nischenthema. Sie entscheidet darüber, ob Unternehmen investieren, wachsen und Arbeitsplätze schaffen – oder Standorte schließen

Wenn in der Öffentlichkeit das Thema der Energieversorgungssicherheit angesprochen wird, dann sind es meist die großen Unternehmen, die den Diskurs bestimmen. Doch was bedeutet eine sichere Energieversorgung eigentlich für deutsche Mittelständler? Energie ist längst nicht nur ein Kostenfaktor, sondern ein Risiko- und Wettbewerbsthema zugleich. Die sichere Versorgung mit Energie ist für den Wirtschaftsstandort essenziell, denn Instabilität führt zu hohen Kosten. So verursachte beispielsweise der Stromausfall in Spanien im April dieses Jahres wirtschaftliche Verluste

von geschätzten 1,6 Milliarden Euro. Ein Extremfall, der jedoch die Folgen einer instabilen Energieversorgung klar aufzeigt.

Was bedeutet eigentlich Energieversorgungssicherheit? „Energieversorgungssicherheit“ ist ein häufig verwendeter, allerdings wenig erklärter Begriff mit vielen Facetten. Neben der Bezahlbarkeit, die in den letzten Wochen und Monaten immer wieder im Fokus stand, setzt sich die Versorgungssicherheit auch aus den Aspekten der Verfügbarkeit und der Nachhaltigkeit zusammen, heißt: Wie viel Energie steht dem Endverbraucher zur Ver-



Matthias Belitz, Geschäftsführer der Energieintensiven Industrien in Deutschland (EID)

„Versorgungssicherheit ist kein Nice-to-have, sondern unabdingbare Grundvoraussetzung für den Erhalt des Industriestandorts.“

fügung und wie lang ist unsere Energieversorgung stabil? Unternehmen wie Haushalte müssen rund um die Uhr Zugang zu ausreichend Energie haben, dies zu vertretbaren Kosten und mit einer stabilen Versorgung.

Dabei geht es um mehr als nur den Strom aus der Steckdose. Eine nachhaltige, langfristige und gegen Störungen gesicherte Versorgung beinhaltet neben der Erzeugung oder dem Import auch den Transport beziehungsweise die Verteilung von Energie. Dafür ist eine stabile und belastbare Verteilung unabdingbar – für Strom und für Brenn- und Kraftstoffe, auf denen rund 80 Prozent unseres Endenergieverbrauchs beruhen. Flüssige und gasförmige Kraft- und Brennstoffe sind und werden für Deutschland weiterhin die Hauptenergiequelle sein.

Kurzum: Die Energieversorgungssicherheit ist das Rückgrat einer funktionierenden Wirtschaft, denn ohne eine gewährleistete Versorgung mit Strom, Gas und Wärme stehen Produktion, Dienstleistungen und letztendlich unser Alltag still.

Warum ist der Mittelstand besonders betroffen? Dass alle Unternehmen von einer sicheren Versorgung abhängig sind,

steht außer Frage. Jedoch treffen Unsicherheiten den Mittelstand besonders hart. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie anfällig unsere Energieversorgung sein kann: Steigende Energiekosten, unsichere Lieferketten und volatile Märkte führen zu Planungsunsicherheit und Unsicherheiten bergen wirtschaftliche Risiken.

Anders als große Unternehmen verfügen kleine und mittelständige Unternehmen in vielen Fällen weder

über ausreichende eigene Erzeugungs- oder Speicherkapazitäten noch über finanzielle Polster, die im Falle einer nicht gesicherten Energieversorgung beziehungsweise im Falle eines Produktionsausfalls greifen können. Knappheit und Preis, egal ob Strom oder flüssige Energieträger, können von Mittelständlern häufig schlecht bis gar nicht abgedeckt werden.

Beispiel hierfür sind die Kosten, die durch Stromausfälle entstehen. Zwar ist die Netzstabilität in Deutschland im internationalen Vergleich gut, dennoch gaben 42 Prozent der Betriebe in der DIHK-Unternehmensbefragung vom Februar 2024 an, Stromausfälle von unter drei Minuten erlebt zu haben. Gar ein Drittel waren von Stromausfällen betroffen, die länger als drei Minuten andauerten, dabei haben bereits kurze Ausfälle teils gravierende Auswirkungen.

Wie steht es um unsere Energieversorgungssicherheit? Anfang September veröffentlichte die Bundesnetzagentur ihren Monitoringbericht Versorgungssicherheit Strom.

Produktionseinschränkung und Abwanderung der Betriebe

So viele Unternehmen planen oder realisieren Einschränkungen der Produktion im Inland oder Verlagerungen ins Ausland als Reaktion auf Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik

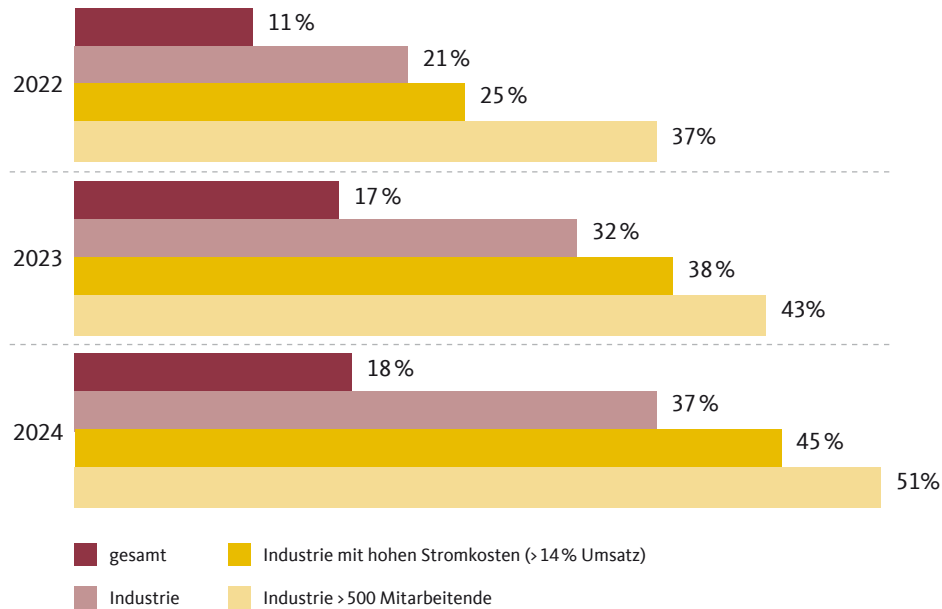
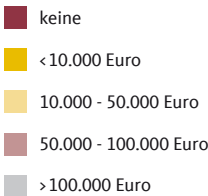


Foto: Rosi/stock.adobe.com; VCI/ Thomas Lohnes



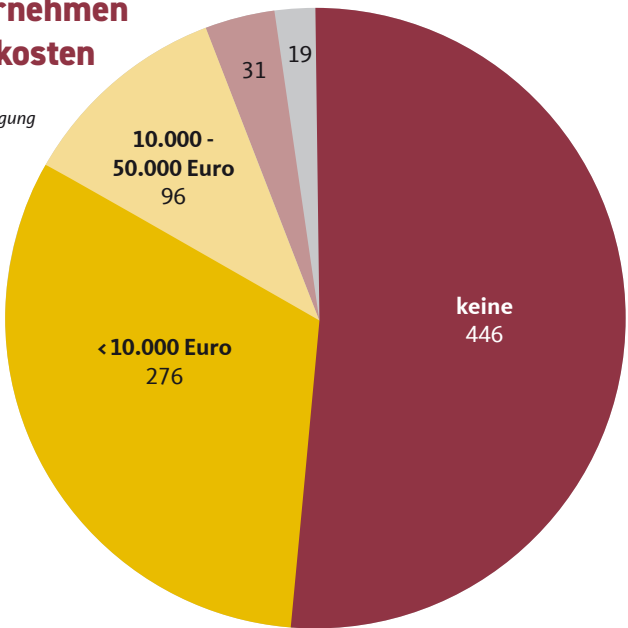
Andreas Lenz, Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Versorgungssicherheit hat unterschiedliche Dimensionen.“



Anzahl der Unternehmen mit Stromausfallkosten

Quelle: DIHK-Unternehmensbefragung Februar 2024



Die MIT forderte bereits im Januar 2025 die Etablierung eines Monitorings der Versorgungssicherheit, welches die Kraftwerkskapazitäten in den Fokus nimmt und regelmäßig über den Status quo unserer Energieversorgung berichtet. Die Ergebnisse sind eindeutig: Um bis 2035 eine sichere Versorgung mit Strom gerade mit Blick auf das Erreichen der Klimaziele gewährleisten zu können, muss die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen.

Unsere Energieversorgung wird in Zukunft nur dann stabil bleiben, wenn neue Kraftwerkskapazitäten geschaffen werden und dem Endverbraucher mehr Flexibilität bei der Verwendung des Stroms ermöglicht wird. Die Verfügbarkeit von Strom kann laut Monitoringbericht nur mit dem Zubau von Kapazitäten zwischen 22,4 GW und 35,5 GW gesichert werden. Dabei wirft der Bericht den Blick nur auf Strom. Die MIT wirbt stets dafür, die Verfügbarkeit von flüssigen und gasförmigen Energieträgern, beispielsweise Biokraftstoffen oder Wasserstoff, nicht zu vernachlässigen, denn nach wie vor sind rund 80 Prozent unseres Endenergieverbrauchs durch Moleküle gedeckt. Entsprechend positiv sieht die MIT die Pläne von Bundeswirtschaftsministerin Reiche für den Bau neuer Gaskraftwerke zur Absicherung der Energieversorgung.

Zeitgleich braucht es mehr Anstrengungen im Bereich der Nachhaltigkeit. Der Ausbau von erneuerbaren Energien oder der Hochlauf von Wasserstoff, der Anschluss von Wärmepumpen oder Ladestationen belasten die Netze. Daher müssen unsere Verteilernetze, sei es Strom, Gas oder Wasserstoff, ausgebaut und modernisiert werden, um langfristig Stabilität gewährleisten zu können.

Energieversorgungssicherheit ist kein technisches Nischenthema, sondern ein wirtschaftspolitischer Imperativ. Sie entscheidet darüber, ob Unternehmen investieren, wachsen und Arbeitsplätze schaffen – oder Standorte schließen.

Gerade der Mittelstand, vielfach ortsgebunden und ohne große finanzielle Reserven, ist auf eine stabile und

bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Die Erfahrungen der letzten Jahre sind Mahnung genug: Deutschland muss Versorgungssicherheit als strategisches Ziel definieren – nicht nur für Großunternehmen, sondern besonders für die breite Mehrheit der kleinen und mittleren Betriebe.



Shereef Salzmann
Referent für Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Foto: Fotos: András Dobó, privat



Der Binnenmarkt, das Herz Europas

Der Binnenmarkt ist das Herzstück der Europäischen Union. Einheitliche Regeln, eine gemeinsame Währung und der Wegfall vieler physischer Grenzen erleichtern den Alltag kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) überall in Europa. So können Betriebe quer durch die EU effizienter zusammenarbeiten, Produkte und Dienstleistungen frei anbieten und von einem großen Kundenkreis aus 450 Millionen EU-Bürgern profitieren.

Dennoch sind nicht alle Hindernisse beseitigt. Unterschiedliche regionale und nationale Vorschriften erschweren europaweites Wachstum – gerade für aufstrebende Start-ups ein echtes Hindernis. Noch.

Ein funktionierender, vollendeter Binnenmarkt würde gerade in Zeiten von globaler Polarisierung den entscheidenden Vorteil für uns Europäer bringen. Deshalb wird die Europäische Union in den kommenden Monaten ihren Fahrplan für die Vollendung des Binnenmarktes bis 2028 vorstellen. Das Ziel: mehr Wettbewerbsfähigkeit durch harmonisierte Regeln, die direkt für alle gelten.

Energie- und Telekommunikationsbinnenmarkt: zukunftssicher aufgestellt

Europa arbeitet konsequent an der Integration der Energiemärkte: Unternehmen können davon künftig durch stabilere, günstigere Preise, mehr Auswahl bei den Anbietern und sicherer Versorgung – dank europaweiter Netze und grenzübergreifendem Handel profitieren. Im Bereich Telekommunikation sorgen EU-Regeln für den Ausbau digitaler Infrastruktur und für faire Bedingungen auch in ländlichen Regionen.

Kapitalmarktunion: Finanzierung für europäische Zukunftspläne

Der Zugang zu Finanzierung ist für Wachstums- und Innovationsprojekte entscheidend. In einer vollendeten Kapitalmarktunion würden Banken nicht nur attraktivere Kredite vergeben können, sondern könnten auch Finanzierungsformen wie Anleihen oder Beteiligungen europaweit zugänglich machen.

Kleine und mittlere Betriebe erhielten so leichter Zugang zu Wissen, Technologien und Partnern – etwa im Maschinenbau, der Medizintechnik oder der digitalen Entwicklung. Die logische Folge: mehr Kooperationen, schnellere Entwicklung, bessere Produkte.

Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einer Idee, die für junge Unternehmen zum echten Gamechanger werden kann. Das sogenannte „28.

Der Binnenmarkt muss bis 2028 deutlich ausgebaut werden. Das eröffnet viele Möglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen, die bisher den Schritt ins EU-Ausland gescheut haben – ein Namensbeitrag von Marion Walsmann, Sprecherin des PKM Europe

Mit den so gewonnenen Finanzmitteln könnten Unternehmen Innovationen vorantreiben und neue Märkte erschließen. Wichtig ist dabei: Das Kapital stammt von Anlegern aus Europa und wird gezielt im Sinne der europäischen Wirtschaft eingesetzt – anstatt in andere Weltregionen abzufließen.

Freier Austausch von Wissen und Innovation

Europa lebt von seinen vier Grundfreiheiten: dem freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Aufbauend auf diesen Säulen schlägt der Europa-Vordenker Enrico Letta eine fünfte Säule vor: Die freie Zirkulation von Wissen, Forschung und Innovation. Ziel ist es, dass Forschende, Start-ups und etablierte Unternehmen künftig unkompliziert und ohne Barrieren zusammenarbeiten können.

Regime“: ein freiwilliger europäischer Rechtsrahmen, der Unternehmen einheitliche Regeln bietet – dort, wo nationale Vorschriften Innovation und Fortschritt bremsen. Unternehmen könnten nach einem europäischen Standard arbeiten, ohne langwierige nationale Gesetzgebungsverfahren abwarten zu müssen. Im Jahr 2026 soll eine entsprechende Gesetzesinitiative unterbreitet werden.

Weniger Abhängigkeit, mehr Zuverlässigkeit

Der Binnenmarkt war immer das Herzstück der europäischen Idee, der Antrieb für politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jetzt ist es an der Zeit, das europäische Herz schneller schlagen als je zuvor zu lassen – für Wachstum, Innovation und wirtschaftliche Stärke in Europa.

„Die Rente braucht Strukturreformen, nicht Symbolpolitik“

Im Interview mit MIT-Hauptgeschäftsführer Bastian Pophal spricht Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander über die dramatische Kostensituation des Standorts Deutschland, die Vorteile der Wochenarbeitszeit – und warum wir verbindliche Bildungsstandards brauchen

Bastian Pophal: Herr Zander, wir haben uns den Geschäftsklima-Index der Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) und des ifo-Instituts angeschaut. Er zeigt erstmals seit 2022 wieder eine kleine Mehrheit von Unternehmen, die zuversichtlicher in die Zukunft blicken. Woher kommt diese leichte Trendwende? Und was macht die Unternehmen heute etwas optimistischer als noch zu Ampel-Zeiten?

Oliver Zander: Wir sind in der M+E-Industrie mittlerweile im zehnten Rezessionsquartal. In so langen Phasen gibt es naturgemäß immer wieder Hoffnungsschimmer, aber die ifo-Zahlen und der weiterhin spürbare Überhang an Personal gegenüber der Produktion sprechen eine klare Sprache: Von einer echten Trendwende kann

Fotos: Jan-Philipp Burmann

„Es wäre sinnvoll, wenn gesetzlich Versicherte eine nachrichtliche Leistungs- und Kostenübersicht erhielten, damit ihnen sichtbar wird, was stattgefunden hat und was es gekostet hat.“

keine Rede sein. Es geht, wenn ich es drastisch formuliere, weiterhin brutal abwärts. Gegenüber 2019 haben wir eine Unterauslastung in der Produktion von rund 16 Prozent, zugleich beträgt der Personalabbau bisher nur bei etwa 7 Prozent. Dieses Gap zeigt, was droht: Wenn die realen Zahlen nicht drehen und es bei bloßen Stimmungsaufhellern bleibt, wird der Beschäftigungsabbau unvermeidlich weitergehen. Seit 2019 haben wir bereits 250.000 Industriearbeitsplätze in der M+E-Industrie verloren; setzt sich die Entwicklung fort, verlieren wir bis Ende 2026 weitere 150.000 Stellen – das sind rund 40 Milliarden Euro Wertschöpfung, die Deutschland fehlen. Ja, es gibt politische Signale, die Hoffnung machen; ja, ein Bundeskanzler Merz weckt bei vielen Erwartungen und hat vieles Richtige angestoßen. Aber Hoffnung allein stabilisiert die Lage nicht.

Im Vorfeld des Stahlgipfels wurde gefordert, die Automobilindustrie solle verpflichtend europäischen, am besten deutschen Stahl einsetzen. Aus der SPD hörte man den Ruf nach „Standortpatriotismus“. Sind deutsche Unternehmen zu wenig patriotisch – oder ist das am Ende eine Scheindebatte? Und wäre „Buy European“ bzw. „Buy German“ mit der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt vereinbar?

Unser Kernproblem ist nicht mangelnder Patriotismus, sondern die Kostensituation des Standorts Deutschland:



Oliver Zander, Jahrgang 1968, ist seit 2013 Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie e.V. (Gesamtmetall). Zuvor bekleidete der Rechtsanwalt und Oberst d.R. verschiedene leitende Funktionen beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Zander vertritt bundesweit die Interessen der Metall- und Elektroindustrie mit ca. 3,8 Mio. Beschäftigten. Er ist Mitglied im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit, im Vorstand der BG ETEM und zudem Co-Vorsitzender der MIT-Bundesfachkommission Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung.

Steuern, Energie, Sozialabgaben – und dazu viel zu viel Bürokratie. Wenn ich nun „Local/European Content“ vorschreibe, verteuern sich die Vorleistungen weiter. Deutschland lebt wie kaum ein anderes Land vom Welthandel, von offenen Märkten und globalen Wertschöpfungsketten. Wenn wir Handelsbarrieren hochziehen, kommt die Reaktion der anderen Seite sicher, und wir schaden uns als exportabhängiger Volkswirtschaft doppelt. Natürlich brauchen wir eine leistungsfähige Stahlindustrie in Deutschland – wegen des Grundstoffs, der Veredelung, der Weiterverarbeitung und der Forschung. Aber dann bitte zielgenau unterstützen, etwa über einen wettbewerbsfähigen, verlässlichen Industriestrompreis und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen statt über Protektionismus. Patriotische Appelle ersetzen keine Wettbewerbsfähigkeit.

Kommen wir zu den Sozialabgaben. Sie haben wiederholt vor einer Kostenlawine gewarnt und von „Reformverweigerern“ gesprochen. Wen meinen Sie – und wo sehen Sie den dringenden Handlungsbedarf? Wir liegen heute bei einem Gesamtsozialversicherungsbeitrag von rund 42 Prozent; wenn wir nichts tun, landen wir in zehn Jahren bei 50 bis 53 Prozent. Das wäre das absolute Ende der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Deshalb ist das Ziel klar: Beitragssätze stabilisieren. Das setzt voraus, dass in allen Zweigen spürbar Effizienzen gehoben werden

– wenn das im Detail politisch nicht gelingt, dann braucht es notfalls pauschal drei bis fünf Prozent Kürzung. Angesichts eines Sozialbudgets von etwa 1,35 Billionen Euro reden wir aktuell über weniger als drei Prozent Kürzungsbedarf zur Beitragsstabilisierung – das ist machbar. Wer das kategorisch ablehnt, verweigert Reformen; das gibt es in Teilen der Union und in zu vielen sozialdemokratischen Kreisen, die jede einzelne Sozialleistung in Höhe und Umfang für unantastbar erklären, statt das System durch Reformen insgesamt tragfähig zu halten.

„Von akkuraten Papierlagen, Formularen und Kontrollakten wird kein Land reich. Bürokratie bindet Menschen, die in Produktion, Entwicklung, Vertrieb, Service fehlen.“

Fotos: Jan-Philipp Burmann

„Wir sind in der M+E-Industrie mittlerweile im zehnten Rezessionsquartal.“



gefunden hat und was es gekostet hat. In der Arbeitslosenversicherung ist die Bundesagentur für Arbeit mit über 110.000 Beschäftigten zu groß; der demografische Wandel erlaubt, Stellen über Fluktuation geordnet abzubauen. Zugleich sollte das Arbeitslosengeld einheitlich auf zwölf Monate Bezugsdauer festgelegt werden – das bringt eine Milliardenentlastung und stabilisiert den Beitragssatz. In der Rentenversicherung dürfen die Haltezeiten nicht einfach über 2031 hinaus verlängert werden; das würde Summen binden, die in der Größenordnung des 500-Milliarden-Infrastrukturpakets liegen und die Spielräume der Jüngeren auffressen. Und zur „Mütterrente“ sage ich klar: Das ist teurer Firlefanz, ein Wahlgeschenk ohne systemische Wirkung. Die Rente muss verlässlich sein, aber eben auch finanzierbar – dafür braucht es Strukturereformen, nicht Symbolpolitik.

Ein anderes Dauerthema ist das Arbeitszeitrecht. Sie fordern eine Umstellung von der täglichen Höchstarbeitszeit auf eine Wochenarbeitszeit. Was wären die konkreten Vorteile – auch mit Blick auf die M+E-Industrie?

Das moderne Arbeitsleben ist von Phasen intensiver Arbeit und von Ruhephasen geprägt; mobiles Arbeiten, Schichtmodelle, Projektspitzen – das alles verlangt mehr Flexibilität. Eine Wochenarbeitszeit mit einer klaren Obergrenze gibt Betrieben und Beschäftigten die Freiheit, die Wochen-

arbeitszeit bedarfsgerecht zu verteilen, ohne permanent in Überstundenlogik und Zuschlagsfallen zu rutschen. Damit lassen sich Vier-Tage-Modelle bei unveränderter Wochenarbeitszeit rechtssicher und betriebswirtschaftlich vernünftig organisieren. Für viele hochqualifizierte Tätigkeiten, in denen faktisch länger als acht Stunden am Tag gearbeitet wird, wäre es zudem die lang geforderte Anerkennung gelebter Praxis. Regeln sollten der Realität entsprechen.

Reicht mehr Flexibilität – oder müssen wir insgesamt wieder mehr arbeiten, um den Wohlstand zu halten? Es ist von der Abschaffung von Feiertagen bis hin zu Karenztagen die Rede, außerdem geht es um hohe Krankheitsquoten.

Rein rechnerisch ist die Lage eindeutig: Wir werden weniger Erwerbstätige haben, die die gleiche Wertschöpfung erbringen müssen, wenn der Wohlstand nicht sinken soll. Die eine Antwort heißt Technologie, Digitalisierung, KI. Die zweite Antwort heißt Bürokratieabbau, damit produktive Arbeit überhaupt Zeit hat, stattzufinden. Und die dritte Antwort sind Anreize: weniger Teilzeit, länger im Erwerbsleben bleiben, die Rücknahme falscher Anreize, wie der Rente mit 63. Die Aktiv-Rente, vorgeschlagen von Carsten Linnemann, ist ein richtiger erster Schritt – sie sollte perspektivisch auch Selbstständige einschließen. Bei Lohnersatzleistungen muss man sorgfältig, aber entschlossen da-

für sorgen, dass Arbeit sich stärker lohnt und Fehlanreize reduziert werden. Das ist kein einzelner großer Wurf, sondern ein Bündel aus vielen, miteinander verzahnten Maßnahmen.

Ein massiver Wettbewerbsnachteil ist die Bürokratie. Laut IAB wurden seit 2022 rund 325.000 Personen zusätzlich eingestellt, um regulatorische Vorgaben zu verwalten – mehr, als Volkswagen in Deutschland Beschäftigte hat. Haben wir verlernt, was Wertschöpfung bedeutet?

Zum Teil ja. Von akkuraten Papierlagen, Formularen und Kontrollakten wird kein Land reich. Bürokratie bindet Menschen, die in Produktion, Entwicklung, Vertrieb, Service fehlen. Soziale Marktwirtschaft verbindet laut Alfred Müller-Armack das Prinzip der Freiheit des Marktes mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs – aber wenn die Freiheit des Marktes durch Regulierungen immer kleiner wird, erlahmt die Dynamik, die am Ende den sozialen Ausgleich finanziert. Wir müssen dringend umsteuern: weniger Regulatorik, weniger Berichtspflichten, schnellere Verfahren – und, ja, am Ende auch weniger Bürokraten. Sonst werden wir unseren Wohlstand nicht halten.

Das Bürgergeld wird nun durch eine neue Grundsicherung ersetzt. Viele sehen darin einen Schritt in Richtung Leistungsgerechtigkeit. Was muss jetzt folgen, damit sich

Leistung in Deutschland wieder lohnt?

Zunächst braucht es einen klaren Kurs bei Steuern und Abgaben. Wenn Tarifbeschäftigte in der M+E-Industrie im Schnitt 82.000 Brutto verdienen und davon 14.000 Euro mit Spitzensteuersatz versteuern müssen, und wenn gleichzeitig die Sozialbeiträge steigen, sinkt die Bereitschaft, zusätzlich zu arbeiten oder Verantwortung zu übernehmen. Parallel dazu müssen wir die Sozialverwaltung effizienter machen: Wer Leistungen braucht, soll sie zügig und unbürokratisch bekommen, aber es muss eben auch entschieden werden, wer sie nicht benötigt. Eine solche Klarheit erhöht Gerechtigkeit und dämpft Kosten. Beides zusammen – finanzielle Entlastung bei Steuern und Beiträgen und eine effiziente, transparente Grundsicherung – setzt genau die Anreize, die wir brauchen.

Zur Mindestlohnkommission: Erstmals ist sie von ihrer bisherigen

Orientierung an der Tarifentwicklung abgewichen, politischer Druck war deutlich spürbar; die SPD hatte 15 Euro gefordert. Wie steht es um die Unabhängigkeit – und welche Nebenwirkungen sehen Sie?

Die Mindestlohnkommission wurde genau deshalb geschaffen, um einen politischen Mindestlohn, der im Parlament beschlossen wird, zu verhindern. Genau deswegen muss die Mindestlohnkommission auch fortbestehen. Wenn Wahlkämpfe mit der Höhe des Mindestlohns bestritten werden und politischer Druck wächst, wird dieser Grundgedanke untergraben. Zu schnelle Anhebungen des Mindestlohns verdrängen in vielen Branchen die unteren Tarifentgelte, hebeln Tarifverträge aus und senken den Anreiz für Beschäftigte, überhaupt Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Kurzfristig mag das attraktiv erscheinen, langfristig schwächt es die Tarifbindung und damit auch die Rolle der Sozialpartner. Das ist kein kleiner Kollateralschaden, sondern eine massi-

„Im Rüstungsbereich kommt es auf größte Schnelligkeit an, deshalb ist es gut, dass Rüstung vom Bundestariftreuegesetz nicht erfasst werden soll.“

ve Beschädigung der Tarifautonomie. **Fachkräftemangel bleibt eines der größten Risiken – besonders in den MINT-Berufen. Mit dem Renteneintritt der Babyboomer bis 2035 droht sich die Lage zu verschärfen. Welche Schritte sind jetzt nötig?**

Das größte Thema ist Bildung. Wir haben für vieles Qualitätsstandards, aber nicht für das Ergebnis der Schulbildung, und wir messen das zu wenig. Wir brauchen verbindliche Bildungsstandards, die klassenscharf und schulscharf erhoben werden, damit klar ist, wo Lücken sind und was konkret vor Ort getan werden kann und muss. Es kann nicht sein, dass wir Jahr für Jahr zehntausende Jugendliche ohne Abschluss aus dem System entlassen – das sind fehlende potenzielle Auszubildende und Fachkräfte. Wenn wir diese Lücke schließen, wenn wir Technologie zulassen, pro Kopf etwas mehr arbeiten, gezielt Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen und die Grundsicherung so aktivierend gestalten, dass einfache Tätigkeiten wieder angenommen werden, dann bekommen wir die Fachkräftelücke in den Griff. Es ist eine Mischung – aber sie ist machbar.

Ein kurzer Blick auf Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft: Wie kommen wir bei Beschleunigung und Beschaffung voran – und was bedeutet das für M+E?

Die M+E-Industrie ist der Kern der deutschen Verteidigungs- und Sicherheitswirtschaft: Luftfahrt, Spe-

zialfahrzeugbau, Schiffbau, Elektrotechnik. Da wird es einen Aufbau geben, und das hilft. Aber es wird die Verluste in anderen Bereichen nicht eins zu eins kompensieren. Positiv ist, dass sich das Mindset geändert hat. Im Rüstungsbereich kommt es auf größte Schnelligkeit an, deshalb ist es gut, dass Rüstung vom Bundestariftreuegesetz nicht erfasst werden soll. Klar ist auch: Material braucht Personal. Wenn der freiwillige Aufwuchs nicht reicht, wird man über eine Rückkehr zur Wehrpflicht ernsthaft sprechen müssen. Abschreckungsfähigkeit ist kein Slogan, sie ist eine Fähigkeit, die Material, Menschen und Führung zusammenbringt.

Ein Koalitionsvertrag lebt von Kompromissen. So hat es auch das Bundestariftreuegesetz in den Vertrag und in den Bundestag geschafft. Die Union hat bis zuletzt auf eine bürokratiearme Umsetzung gedrängt. Wie ist Ihre Position?

Das Bundestariftreuegesetz ist aus meiner Sicht ein ideologisch getriebenes Projekt, das die Tarifbindung nicht erhöhen wird. In den Ländern, die so etwas eingeführt haben, sieht man dafür keinen einzigen belastbaren Nachweis. Stattdessen greift der Staat in die Tarifautonomie ein, macht Vergaben teurer, komplizierter und anfechtbarer und produziert noch mehr Bürokratie – ausgerechnet in einer Phase, in der wir Bürokratie eigentlich abbauen wollen. Das passt

nicht zusammen. Es braucht eine Ausnahme für Lieferverträge, es braucht sicher keine neue Behörde für die Umsetzung des Gesetzes und auch nicht dutzende neue Rechtsverordnungen aus dem BMAS, die die Geltung der Tarifverträge bestätigen, die für das Gesetz gelten. Und Haustarife müssen respektiert werden.

Zum Schluss: Der Mittelstand ist Rückgrat und Motor unserer Wirtschaft. Die M+E-Branche ist trotz einiger großer Konzerne stark mittelständisch geprägt. Was muss geschehen, um den Mittelstand zu stärken?

Wir brauchen einen klaren, berechenbaren Kurs: Energiekosten runter, Steuern und Abgaben runter, Bürokratie runter – und Planungs- wie Investitionssicherheit rauf. Der Mittelstand investiert in Deutschland, wenn er eine faire Chance sieht, mit Fleiß und Ideen voranzukommen. Die Union ist traditionell die Mittelstandspartei, die MIT hält die Fahne hoch – jetzt kommt es darauf an, das erkannte Programm konsequent umzusetzen und den Kurs der letzten Jahre zu korrigieren. Dann werden Beschäftigung und Wertschöpfung zurückkommen.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ●

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Berichtspflichtenabbau blockieren – nicht mit uns

Eigentlich hätte in der FLOP-Rubrik die gescheiterte Abstimmung zum Omnibus I stehen sollen: Die Sozialdemokraten ließen das Bündnis im Oktober-Plenum im Stich, so dass die Verabschiedung des Anti-Bürokratie-Pakets und der Start der Trilog-verhandlungen an neun Stimmen scheiterten. Doch wir lassen uns nicht instrumentalisieren: Die EVP erkämpfte im November eine Mehrheit für einen neuen Deal und zeigte, dass sie Bürokratieabbau ernst meint. Die Forderungen entlasten Mittelständler: Nachhaltigkeitsberichte ab 1 750 Beschäftigten und 450 Mio. Euro Umsatz, Lieferkettenberichte risikobasiert ab 5 000 Beschäftigten und 1,5 Mrd. Euro Umsatz. Klimapläne und zivilrechtliche Haftung sollen entfallen.



Hier muss kein Wald abgeholzt werden, sondern Bürokratie

Auch bei der Entwaldungsverordnung muss Bürokratie weichen. Sie sollte globale Entwaldung eindämmen, belastete Unternehmen aber mit Pflichten. Die Kommission erkannte, dass ihr IT-System die Datenmengen nicht stemmen kann. Auf Druck von Unternehmen und EVP liegt nun eine überarbeitete Fassung vor, die im November abgestimmt wird: Für Klein- und Kleinstunternehmen sollen Pflichten nicht Mitte 2025, sondern ab Dezember 2026 gelten. Wir unterstützen den Vorschlag des österreichischen Landwirtschaftsministers Totschnig für eine einjährige Verschiebung. Kleinst- und kleine Primärerzeuger aus Niedrigrisikoländern sollen eine vereinfachte Erklärung abgeben; nachgelagerte Betreiber und Händler nur Referenznummern weiterreichen. Das geht in die richtige Richtung, aber das letzte Wort ist nicht gesprochen.



Die Jury

Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



„Ich bin neu in der MIT, weil ...

... der Mittelstand mehr verdient als Absichtserklärungen.“



Dona Barirani

Unternehmerin, MIT Borken

Dona Barirani (38) ist promovierte Politikwissenschaftlerin mit Fokus auf wirtschaftliche Zukunftsfragen. Sie forschte und lehrte an der Universität Utrecht in den Bereichen Umweltgovernance und Innovation Studies. Berufliche Stationen führten sie u. a. zum niederländischen Berufsverband der Controller, wo sie als Policy Specialist für Nachhaltigkeit und Digitalisierung tätig war, sowie in den Onlinehandel. Derzeit baut sie eine strategische Beratung auf, die kleine und mittlere Unternehmen bei der wirtschaftlichen Transformation begleitet – mit einem Fokus auf Innovation und nachhaltige Wettbewerbsstrategien. Ziel ist es, Betriebe dabei zu unterstützen, sich zukunftssicher aufzustellen und Chancen im Wandel aktiv zu nutzen. Dona Barirani studierte in Siegen, Wien und Genf. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Anholt und engagiert sich politisch bei der CDU und der MIT im Kreis Borken.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Fotos: Privat; Santiago Engelhardt

Empfang in der Bundesgeschäftsstelle



Mach's gut, lieber Fabian!

Was für ein toller Abend! Am 6. Oktober verabschiedete sich das Team der Bundesgeschäftsstelle von Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg, der zum BDI wechselt. Auch die große Politik schaute zu der gemütlichen Feier in unseren Räumen in der Berliner Schadowstraße vorbei: CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bedankte sich für die tolle Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren, Unions-Fraktionschef Jens Spahn

verabschiedete sich persönlich von Fabian, genau wie Andreas Lenz, der wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bewegende Worte fand auch unsere Bundesvorsitzende Gitta Connemann, die betonte, wie Fabian Wendenburg in den vergangenen Jahren die MIT nach vorne gebracht und stabil auf Kurs gehalten hat. Vielen Dank, lieber Fabian!



1. Fabian (Mitte), umringt von seinen MIT-Kollegen und mit seinem Abschiedsgeschenk: einem zertifizierten Autogramm von Bruce Springsteen; 2. Gitta Connemann mit Bernd Ramakers, dem Leiter Landespolitik von UNITI; 3. Unions-Fraktionschef Jens Spahn mit Fabian; 4. CSU-Generalsekretär Carsten Linnemann bedankt sich bei Fabian für die Zusammenarbeit; 5. Kai Warnecke (Haus & Grund) mit Andreas Lenz; 6. Barbara Götze, Büroleiterin des Parteivorsitzenden Friedrich Merz im Konrad-Adenauer-Haus, und Michael Eilfort (Stiftung Marktwirtschaft) im Gespräch mit Fabian Wendenburg; 7. v.l.n.r.: Bernd Ramakers (UNITI), MIT-Schatzmeister Michael Littig, Lutz Heer (BDV) und Klaus Wiener, Vize-Chef der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie in der Unions-Fraktion

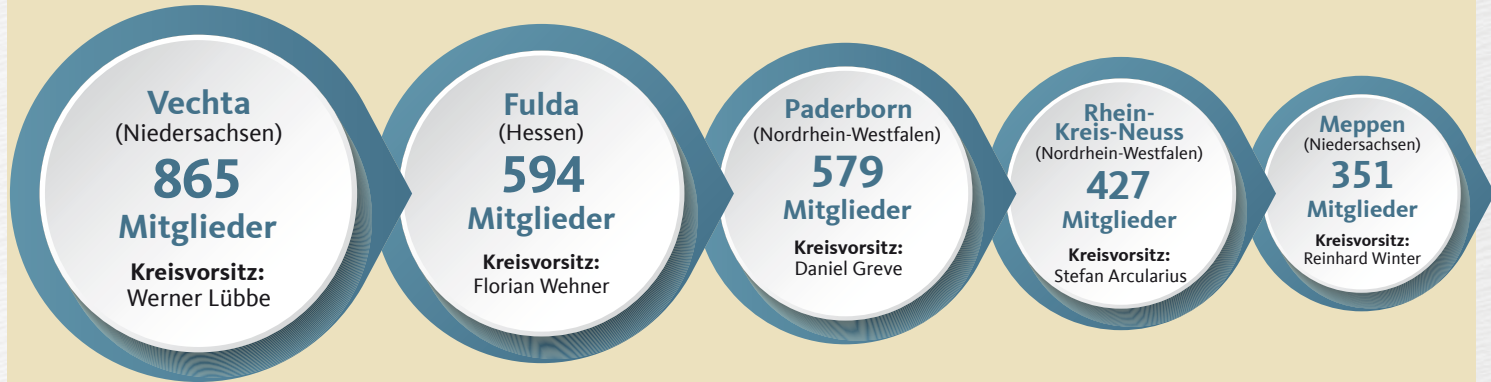
Korrektur

Leider ist uns in der Ausgabe 03/2025 des Mittelstandsmagazins ein Fehler unterlaufen: Auf dem Bild Nummer 10 auf Seite 13 ist nicht – wie irrtümlich von uns geschrieben – die

MU Regensburg-Stadt, sondern die MU Erlangen-Höchstadt zu sehen. Wir bitten um Entschuldigung!

Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.10.2025)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.10.2025)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.10.2025)



Invest
AG

UNSERE ERFAHRUNG FÜR IHREN ERFOLG

IAG INVEST AG & CO KG

Als mittelstandsfähiger Private Equity Fonds unterstützen wir Unternehmen und Industriebetriebe seit mehr als 30 Jahren. Mit mehr als 250 Transaktionen sind wir Marktführer in Österreich und stark wachsend in Deutschland und der Schweiz.

WIR

- SCHAFFEN & ERHALTEN**
Wir schaffen und erhalten Ihre unternehmerische Freiheit und unterstützen bei strategischen Überlegungen mit unserer Erfahrung und unserem Netzwerk.
- SIND EVERGREEN**
Wir erzielen nachhaltig gemeinsame Erfolge mit unseren Partnern und helfen dabei, Chancen, ohne Exitdruck, zu ergreifen.
- STABILISIEREN**
Wir garantieren durch unsere Evergreen-Struktur Stabilität und individuelle Lösungen nach Ihren Wünschen.
- SIND FINANZSTARK**
Wir investieren Eigenkapital ab € 2 Mio. bis rund € 40 Mio.



„Als mittelstandsfähiger Kapitalpartner ist uns die Erhaltung der unternehmerischen Freiheit unserer Mitgesellschafter und Geschäftsführer besonders wichtig. Als Kapitalgeber arbeiten wir dann richtig, wenn wir im operativen Tagesgeschäft nicht spürbar sind, aber strategisch einen Mehrwert liefern können.“

Dr. Gernot Hofer, VORSTANDSVORSITZENDER
der IAG Invest AG & Co KG

Kontakt
Bavariaring 17 | D-80336 München
Tel.: +43 (0)732 / 6596 – 22437
E-Mail: office@investag.at

A portrait of Daniel Hernandez, a man with short dreadlocks and a serious expression, wearing a blue suit jacket. He is positioned in the center of the frame, with his arms crossed. The background is a solid red color.

ER MACHT, WAS ER LIEBT

Daniel Hernandez
Schauspieler, Tänzer
& Kampfkünstler

Daniel ist ein kreatives Multitalent und spielte zuletzt in den preisgekrönten Serien Die Zweiflers und Schwarze Früchte. Seine Leidenschaft? Kunst. Den Rest? Erledigt Lexware. Belege, Buchhaltung, Finanzen: Alles im Griff!

WIR MACHEN DEN REST.

Mit Lexware läuft deine Buchhaltung automatisch,
damit du dich auf deine Leidenschaft konzentrieren kannst.
Hol dir jetzt Lexware für dein Business: [lexware.de](https://www.lexware.de)

Lexware



INHALT

2 Nordrhein-Westfalen
Das MIT-Event in der Kokerei Hansa
„Unendliche Weiten...“
Kempen hat wieder eine aktive MIT
Führungswechsel bei der MIT
Paderborn
50 Jahre MIT – Finanzminister hält
Laudatio

4 Rheinland-Pfalz
Verstoß zur Krankschreibungs-
modalität ist für die Wirtschaft fatal

5 Baden-Württemberg
MIT-Forum in Öpfingen sendet
starkes Signal
Verbrenner-Verbot muss fallen

6 Bayern
Bayerns Mittelstand im Rampenlicht

7 Schleswig-Holstein
Unternehmertreff des Kreises
Rendsburg-Eckernförde
bei der Dachdeckerei Jan Witt
in Jevenstedt

8 Hamburg
Dr. Antonia Goldner führt neuen
Hamburger Landesvorstand

9 Hessen
Umfassende Reform des
öffentlich-rechtlichen Rundfunks
dringend nötig

10 Mecklenburg-Vorpommern
Nord Stream – Wie Deutschland
Putins Krieg bezahlt

10 Niedersachsen
MIT Laatzen besucht KraussMaffei
Extrusion GmbH
Zukunft der Marktwirtschaft
in Cadenabbia

12 Brandenburg
Großes Interesse an Vortrag von
Dr. Tsetsos bei der MIT Oberhavel

Das MIT-Event in der Kokerei Hansa

Nordrhein-Westfalen/Dortmund.

Alle zwei Jahre trifft sich die MIT NRW zu ihrem großen „Mittelstandstag“ und der daran angegliederten Wirtschaftsschau – wohl das bekannteste Netzwerkevent unserer Vereinigung. Neben den Wahlen des Vorstandes steht dabei der Austausch zwischen Unternehmern, Politik und Wirtschaftsverbänden im Vordergrund. Dafür öffnet ein besonderer Ort seine Tore für uns: die Kokerei Hansa in Dortmund-Huckarde. Einst Herzstück der Schwerindustrie, heute ein faszinierendes Industriedenkmal und zugleich Rückzugsort der Natur. Im Jahr 2027 findet dort zu-



Foto: MIT NRW

Bekannt für die ganz besonderen Locations: der MIT-Mittelstandstag.



Letztes Mal in Mönchengladbach: Ein gut gelaunter Innenminister Herbert Reul und hunderte begeisterte Delegierte.



dem die Internationale Gartenausstellung IGA statt.

In diesem Jahr wollen wir die Ausstellung wieder attraktiv und voller Aktionen gestalten. Lassen Sie sich beeindrucken von einer geplanten Drohnenpräsentation des Unternehmens Morpheus Logistik und natürlich von vielen Ständen mit anfassbaren Präsentationen und spannenden Inhalten. Dort zeigen wir, was NRW zu bieten hat und welche Themen den Unternehmen am Herzen liegen.

Auch politisch haben wir viel aufzubieten: Ministerpräsident Hendrik Wüst wird mit einem Impulsbeitrag den

Auftakt gestalten. Außerdem werden die NRW-Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Ina Brandes MdL, sowie der neue Oberbürgermeister in der „Schwarzen Herzkammer der CDU“ in Dortmund als Lokalmatadore erwartet. Unsere weiteren hochkarätigen Rednerinnen und Redner werden in Kürze bekannt gegeben – bleiben Sie gespannt!

Herzlich willkommen sind neben den etwa 300 Delegierten und geladenen Gästen auch alle MITler, die einfach einmal reinschnuppern möchten. Informieren Sie sich auf www.mit-nrw.de über den Landesmittelstandstag am 17. Januar 2027.

„Unendliche Weiten...“

Nordrhein-Westfalen/Uedem. Die AG Innovationstransfer unter Leitung deren Sprechers, Prof. Klemens Störckuhl, besuchte mit 30 Vertretern der MIT NRW das Weltraumkommando der Bundeswehr in Uedem. Damit ergänzte die AG die thematische Ausrichtung der MIT beim Thema Defense Hub NRW perfekt mit einem passenden Besuchstermin. Generalmajor Michael Traut als Kommandeur der „Bundeswehr-Spacetruppe“ in der „Stellung Paulsberg“ informierte persönlich und führte die Gruppe auch ins Lagezentrum des Weltraumkommandos. Insgesamt fünf Abgeordnete des Parlamentskreises Mittelstand der CDU-Landtagsfraktion sowie Vertreter aus der Rüstungsbranche hatten sich angeschlossen. Nicht verwunderlich, werden in diesem Sektor doch knapp 35 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren investiert werden.



Foto: MIT NRW

Die „AG Inno“ ist immer ganz nah an den aktuellen Themen – diesmal ging's um das Space-Kommando unserer Bundeswehr. Da passiert gerade ganz viel.

Kempen hat wieder eine aktive MIT

Kempen. Bei der MIT gibt es wieder mehr statt immer weniger Stadtverbände. Die MIT in Kempen ist nun offiziell reaktiviert worden. Zahlreiche Mitglieder kamen im Konferenzloft an der Wiesenstraße zusammen, um die Weichen für die künftige Arbeit des Verbandes zu stellen. Ein engagiertes Team aus Unternehmern, Freiberuflern, Handwerkern, Führungskräften und Juristen – allesamt aus Kempen – hatte sich zur Wahl gestellt. Ihr Ziel ist es, die Interessen des Mittelstands in die CDU hineinzutragen. Dabei geht es um die Anliegen des Handwerks und der Unternehmerschaft. Außerdem soll der Mittelstand in Kempen mehr Sichtbarkeit bekommen. Ziel ist es auch, allen eine Stimme innerhalb der Partei und Fraktion zu geben.

Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder Tobias Stümges. Der 36-jährige Verleger möchte zusammen mit seinem Team mit frischen Impulsen die Arbeit der MIT in Kempen prägen, heißt es in der MIT. Stellvertreter ist Sascha Kalwa, der als Immobilienentwickler tätig ist. Die Finanzen des Stadtverbandes verant-



Foto: MIT/Norbert Prümen

Neben den Vorstandsmitgliedern waren auch der Gastreferent, der Landratskandidat Gielen, der MIT-Bezirksvorsitzende Maik Giesen und der Europaabgeordnete Dr. Stefan Berger mit auf dem Foto. Viel Prominenz für einen vielversprechenden MIT-Stadtverband.

wortet Schatzmeister Christopher Kramp-Müller, Mitarbeiter bei der HSBC Bank in Düsseldorf.

Beisitzer sind Simon Hoffmanns, tätig im Stadtmarketing in Straelen, Philippe Hohnke, Inhaber der MINT GmbH, Jürgen Hollstein, Unternehmensberater, André Horst, Unternehmensjurist bei Klosterfrau, Martin Kähler, Geschäftsführer der GT

Produktion GmbH, Christian Pommerin, Patentanwalt bei der Siemens AG, Michael Ulbricht, Schornsteinfeger, sowie Anno Zilkens, Geschäftsführer der König-Pilsener Brauerei.

Zu Gast war der CDU-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Stefan Rouenhoff, der einen Impulsvortrag hielt.

Führungswechsel bei der MIT Paderborn

Kreis Paderborn. Nach über einem Jahrzehnt erfolgreicher Arbeit an der Spitze der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Paderborn hat Ulrich Lange den Vorsitz abgegeben. Bei der Mitgliederversammlung wurde der 34-jährige IT-Berater Daniel Greve mit eindrucksvollen 98 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt. Lange wurde aufgrund seiner 23-jährigen Zugehörigkeit zur MIT zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Zu den ersten Gratulanten zählten Bürgermeister Stefan-Oliver Strate sowie CDU-Generalsekretär Carsten

Linnemann, der telefonisch seine Glückwünsche an Greve übermittelte. Ulrich Lange hatte die MIT Paderborn in den vergangenen elf Jahren zu einem der aktivsten und mitgliederstärksten Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Unter seiner Leitung prägten zahlreiche Veranstaltungen, Betriebsbesichtigungen und politische Diskussionen das Profil der Vereinigung.

„Ich freue mich, die erfolgreiche Arbeit von Ulrich Lange fortzuführen und gemeinsam mit einem engagierten Team Impulse für Mittelstand

Foto: MIT Paderborn



Ein neues Team im größten und erfolgreichsten Kreisverband der MIT in NRW – Paderborn.

und Wirtschaft in unserem Kreis zu setzen“, erklärte der neue Vorsitzende Daniel Greve nach seiner Wahl.

50 Jahre MIT – Finanzminister hält Laudatio

Dinslaken. Mit einer festlichen Veranstaltung im Wasserschloss Haus Wohnung feierte der MIT-Ortsverband Dinslaken-Voerde als erster Ortsverband im MIT-Kreisverband Wesel sein 50-jähriges Bestehen – mit prominenter Unterstützung: Als Festredner war NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk geladen. Ein würdiger Rahmen für einen eindrucksvollen Rückblick auf fünf Jahrzehnte Mittelstandspolitik.

Gegründet am 11. Dezember 1974 im Burghotel Dinslaken, blickt die MIT im Jubiläumsjahr 2025 auf eine bewegte Geschichte zurück. Ein wichtiger Meilenstein war die Fusion mit dem Ortsverband Voerde im Jahr 2017 – initiiert vom langjährigen Vorsitzenden Dr. Hans-Rudolf Jüring, der früh erkannte, wie wichtig es ist, vorhandene Kräfte zu bündeln.

Eine feste Größe innerhalb der MIT ist Manuela Fellmeth, die seit fünf Jahrzehnten ununterbrochen als Schatzmeisterin tätig ist. Für ihr außergewöhnliches Engagement und ihre langjährige Mitgliedschaft wurde sie beim Jubiläum in besonderer Weise geehrt.

Der seit März 2025 amtierende Vorsitzende Frank Steenmanns betonte in seiner Rede die Rolle der MIT als kritischer Impulsgeber innerhalb der CDU: „Manchmal muss die MIT der Stachel im Fleisch sein.“ Im Mittelpunkt standen die aktuellen Herausforderungen für den Mittelstand – Bürokratie, Dokumentationspflichten und stei-



Großer Empfang für die Gäste des 50. Jubiläums der MIT und für Finanzminister Optendrenk (Mitte) am Wasserschloss Haus Wohnung.

gende Gewerbesteuern. Die klare Forderung: Für jedes neue Gesetz zwei alte abschaffen.

Mit Blick nach vorn kündigte der Vorsitzende an, die MIT nach den ruhigeren Jahren der Pandemie wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Die Vereinigung soll sichtbarer, aktiver und nahbarer werden. Dazu zählen die Fortführung der beliebten Grünkohlabende mit fachlichem, politischem und gesellschaftlichem Austausch, regelmäßige Unternehmensbesuche sowie eine gezielte Mitgliederwerbung, um den Verband nachhaltig zu stärken.

Rheinland-Pfalz

Verstoß zur Krankschreibungsmodalität ist für die Wirtschaft fatal

Koblenz/Ahrweiler. Der Vorstoß des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministers Clemens Hoch (SPD), Krankschreibungen künftig erst nach zwei Wochen verpflichtend einzuführen, ist fatal für Arbeitgeber und deren Unternehmen. „Wenn man bedenkt, dass man 14 Tage ohne eine Krankmeldung dem Arbeitsplatz fernbleiben kann, ist das für die arbeitenden Menschen, die jeden Morgen aufstehen, ein Schlag ins Gesicht und für die Unternehmen ein Fass ohne Boden. Das ist schlichtweg nicht hinnehmbar“, so der MIT-Betriebsvorsitzende Detlef Odenkirchen.

In Zeiten, in denen es die Betriebe und Unternehmen ohnehin schon

schwer genug haben, kann man sich schon die Frage stellen: Will man überhaupt noch Unternehmen, die eigenverantwortlich Beschäftigte mit ihren Familien unterhalten? Will man noch steuerzahlende Verantwortliche, die zur Gesellschaft beitragen, oder was ist der eigentliche Hintergrund für solch sinnfreie Überlegungen? Krankschreibungen sind nach Angaben der Krankenkassen derzeit auf einem historischen Höchststand angelangt, so der AOK-Fehlzeitenreport 2024. Mit solch einer Forderung würde man Tür und Tor zum Missbrauch von Krankheitsfällen in Betrieben eröffnen. Für die MIT, die die Unternehmerinteressen ver-

tritt, ist das vom Staatsminister für Gesundheit, Clemens Hoch, vorgeschlagene Modell unbedingt zu verhindern.

„Warum kümmern sich die zuständigen Regierungen nicht um den schon so lange ersehnten Bürokratieabbau oder um die Reduzierung der Energiekosten? Das wäre etwas, das den Unternehmen direkt helfen würde. Die Sozialdemokraten überlegen sich lieber, wie man den Unternehmen noch mehr Hürden aufbürdet. Allein aus diesem Grunde ist es gut, dass wir als MIT, als politische Wächter der Unternehmer, darauf achten, dass solch ein Unsinn keine Schule macht“, so Odenkirchen abschließend.

MIT-Forum in Öpfingen sendet starkes Signal

Baden-Württemberg. Wenn die Produktionshalle eines Holzbaubetriebs bis auf den letzten Platz gefüllt ist, zeigt das: Der Mittelstand bewegt. Beim zweiten MIT-Mittelstandsforum Alb-Donau/Ulm in Öpfingen wurde deutlich, wie groß der Wunsch nach einer Politik ist, die Leistung, Verantwortung und Unternehmergeist wieder in den Mittelpunkt stellt.

Über 450 Gäste folgten der Einladung von MIT-Kreisvorsitzendem Ralf Stoll, der in seiner Begrüßung eindringlich forderte, den Mittelstand endlich wieder atmen zu lassen. „Was wir brauchen, ist Vertrauen in die Unternehmerinnen und Unternehmer des Mittelstands und Handwerks – lasst sie einfach mal machen!“

Konkret fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsunion die sofortige Aussetzung aller Dokumentationspflichten, den Abbau überflüssiger Bürokratie sowie ein Verfallsdatum für Gesetze und Normen. Diese Maßnahmen, so Stoll, „kosten keinen Cent – aber sie schaffen Vertrauen und geben Betrieben wieder Luft zum Arbeiten“.

In der Produktionshalle der Firma Holzbau Gapp, die bereits in vierter Generation geführt wird, und gemeinsam mit der Metzgerei Weinbuch als Mitgastgeber, wurde der Unternehmergeist greifbar. Hier zeigte sich, was Baden-Württemberg stark macht: Menschen, die anpacken, Verantwortung übernehmen und mit Leidenschaft wirtschaften.

Zu den Hauptrednern des Abends zählten CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann und CDU-Landesvorsitzender Manuel Hagel MdL. Beide machten deutlich, dass der Mittelstand die tragende Säule der deutschen Wirtschaft ist – und dass er endlich wieder politische Rückendeckung braucht.

Linnemann, selbst aus einer Unternehmerfamilie stammend, betonte:



„Familienbetriebe sichern Arbeitsplätze, Innovation und Zusammenhalt. Wer sie überfordert, schwächt unser Land.“ Er forderte eine Rückkehr zu einer Politik, die dem Mittelstand vertraut – statt ihn misstrauisch zu kontrollieren.

Manuel Hagel griff diese Botschaft auf: „Wir müssen die Probleme offen ansprechen und mutig handeln. Wirtschaft, Bildung und Sicherheit sind die Themen, an denen sich unser Land entscheidet.“ Die CDU sei, so Hagel, die politische Kraft, die für Leistung, Eigentum und Eigenverantwortung

stehe – und genau dafür wieder kämpfen werde.

In der anschließenden Diskussion machten die Teilnehmer deutlich: Der Mittelstand braucht keine neuen Vorschriften, sondern Vertrauen, Freiraum und weniger Gängelung. Das Fazit des Abends war eindeutig: Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion bleibt die starke Stimme des Mittelstands – klar, verlässlich und mit Leidenschaft für die Sache.

Ralf Stoll (Kreisvorsitzender), info@mit-alb-donau-ulm.de



Fotos: MIT BWL

Verbrenner-Verbot muss fallen

Baden-Württemberg. Die Landesverbände der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg und des Saarlandes begrüßen gemeinsam die klare Haltung ihrer Landtagsfraktionen. Beide unterstützen Bundeskanzler Friedrich Merz massiv beim Thema EU-Verbrennerverbot.

„Die Entscheidung, Technologieoffenheit einseitigen Verboten vorzuziehen, ist für den Standort Deutschland und seinen Wohlstand überlebenswichtig“, so Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT BW. Gerade für Baden-Württemberg als starkem Automobilstandort, ist dieses Signal von entscheidender Bedeutung. „Das Verbrennerverbot muss fallen, sonst erleben wir in Stuttgart und Neckarsulm ein zweites Detroit“, führt Atzger weiter aus.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion kritisiert den Koalitionspartner SPD, der auf Bundesebene am Verbrennerverbot festhält. „Der Kanzler ist in seiner Forderung unbedingt zu unterstützen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die SPD dieses nicht

tut und damit den Wohlstand in Deutschland aufs Spiel setzt. Fällt das Verbrennerverbot nicht, fällt ganz sicher die Bundesrepublik Deutschland in die größte wirtschaftliche Krise seit ihrer Gründung“, betont Atzger.

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung lässt schon jetzt erkennen, dass pauschale Verbote unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gefährden, ohne jedoch zum Klimaschutz beizutragen. „Moderne Verbrenner mit synthetischen und selbst herkömmlichen Kraftstoffen können mit der Hybridtechnologie einen wichtigen Beitrag zur Verbrauchs- und Emissionsreduktion leisten – vor allem dort, wo Elektromobilität keine realistische Alternative ist“, so Atzger.

Welche Brisanz das Ganze hat, zeigt sich bereits im Automobilstandort Saarland. „Gerade erst hat unser Bundesland den Wandel von Kohle und Stahl hin zum starken Automobilstandort geschafft, brechen nun wieder tausende von Arbeitsplätzen weg. Der Ford Standort Saarlouis, welcher mitunter das Modell Focus in

die ganze Welt verkaufte, wird Ende des Jahres Geschichte sein. Tausende Stellenstreichungen bei ZF, Bosch, Michelin wie auch weiteren Zulieferern sind bereits angekündigt oder vollzogen“, so Shajan Aliyazdi, Landesvorsitzender der MIT Saarland.

Sein Stellvertreter Alexander Boos ergänzt, dass sich im Saarland in naher Zukunft Dramen abspielen werden: „Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich ein Leben aufgebaut, Familien gegründet, Häuser gebaut, sahen eine sichere Zukunft. Dies alles steht auf der Kippe“. Das Saarland hat dieses Jahr 2,6 Prozent Wirtschaftswachstum eingebüßt. Mit Sorge haben die beiden Landesverbände daher zur Kenntnis genommen, dass eine Einigung über das Kippen des Verbrennerverbots verhandelt wurde. „Der Kanzler und die CDU dürfen sich von einer 16 Prozent-Partei mit wirtschaftsfeindlichen Forderungen auf keinen Fall ins Boxhorn jagen lassen. Wenn die CDU jetzt nachgibt, ist das das eine Mal zu viel“, betonen die MITler gemeinsam.

Bayern

Bayerns Mittelstand im Rampenlicht

Nürnberg. Am 25. Oktober fand im Novotel in Nürnberg die Landesversammlung der Mittelstands-Union statt, bei der aktuelle wirtschaftspolitische Themen im Mittelpunkt standen. Neben einer Diskussionsrunde zur Kommunalwahl 2026 wurden zahlreiche Anträge für den CSU-Parteitag abgestimmt. Zudem wurde der MU-Landesgeschäftsführer Markus Zaglmann mit langanhaltendem Applaus verabschiedet, der mit zwei Großveranstal-

tungen an einem Tag den Höhepunkt des MU-Jahreskalenders organisierte.

Mit der anschließenden Verleihung des Bayerischen Mittelstandspreises im Sheraton Carlton Hotel war ein großer Dank an die vielen Unternehmer verbunden. Ausgezeichnet wurden zehn Unternehmen aus ganz Bayern, die mit Mut, Kreativität und sozialer Verantwortung überzeugen. Sie stehen beispielhaft für jene unternehmerische Haltung, die Bayern



wirtschaftlich stark und gesellschaftlich stabil macht. Durch den Abend führte Eva Grünbauer mit Charme und Professionalität, begleitet von musikalischen Akzenten und einem anschließenden Flying Buffet, das Raum für Begegnungen und Gespräche bot.

Ebenfalls zu Gast war der Bayerische Ministerpräsident und Parteivorsitzende Dr. Markus Söder MdL. Dieser hielt im Rahmen der Preisverleihung eine motivierende Ansprache, in der er die Bedeutung des Mittelstands für Bayern und Deutschland betonte. Er erklärte, dass die CSU schon immer die Partei des Mittelstands gewesen sei. So stehe die CSU für niedrigere Steuern, weniger Bürokratie und günstigere Energie. Der Mittelstand brauche keine zusätzlichen Belastungen, sondern Freiheit und Vertrauen.

Der festliche Abend bot nicht nur eine wertvolle Anerkennung für die Preisträger, sondern auch die Gelegenheit, sich mit hochkarätigen Gästen

aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auszutauschen.

Die Mittelstands-Union freut sich über den gelungenen Abend und über das gelebte Engagement für die Stärke des bayerischen Mittelstands.

Nachfolgend die Preisträger des Bayerischen Mittelstandspreises 2025:

- Oberbayern: Ziegelsysteme Michael Kellerer GmbH & Co. KG
- Niederbayern: GREIPL GmbH
- Oberpfalz: Gummi- und Kunststoffwerk G. Schöneke GmbH & Co. KG

- Oberfranken: Bella Gardinenkonfektion AG
- Mittelfranken: Kubat Mechanik GmbH
- Unterfranken: MAINCOR Rohrsysteme GmbH & Co. KG
- Schwaben: KNESTEL Technologie & Elektronik GmbH
- München: Max Rischart's Backhaus KG
- Nürnberg-Fürth-Schwabach: Schulze GmbH & Co. KG Schuco Gewürze
- Augsburg: Josef Haunstetter Sägenfabrik KG

Fotos: MU Bayern



Schleswig-Holstein

Unternehmertreff des Kreises Rendsburg-Eckernförde bei der Dachdeckerei Jan Witt in Jevenstedt

Jevenstedt. Rund 50 Unternehmerinnen und Unternehmer folgten der Einladung des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde zu einem Unternehmertreff bei der Dachdeckerei Jan Witt in Jevenstedt. In geselliger Atmosphäre kamen Vertreterinnen und Vertreter aus Handwerk, Handel und Dienstleistung zusammen, um sich über aktuelle wirtschaftliche Themen auszutauschen.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte der Mitgliederbeauftragte Leif Dillert die Gäste und freute sich über das große Interesse der Teilnehmer, unter ihnen die Landtagsabgeordnete Rixa Kleinschmit und der Vorsitzende der Jungen Union-Schleswig-Holstein, Felix Sigmon. Diese Veranstaltungsformate sollen nicht nur den direkten Austausch zwischen Mittelstand und Politik fördern, sondern den Unternehmen der Region eine Plattform bieten. „Hier können sie sich präsentieren und Schwerpunktthemen bei

Ihren täglichen Herausforderungen setzen“, erklärte Leif Dillert.

Anschließend stellte Gastgeber und Geschäftsführer Jan Witt seinen Betrieb vor und gab einen offenen Einblick über die Entwicklung seines Unternehmens und die täglichen Herausforderungen des Dachdeckerhandwerks. Dabei sprach er über die gestiegenen Material- und Energiekosten, den Fachkräftemangel, sowie die zunehmenden bürokratischen Anforderungen, mit denen Betriebe derzeit konfrontiert sind.



Fotos: MIT Schleswig-Holstein

Ein besonderer Schwerpunkt seines Vortrags lag auf der Ausbildung junger Nachwuchskräfte. Witt betonte, wie wichtig es sei, Jugendlichen frühzeitig die Chancen und Perspektiven handwerklicher Berufe aufzuzeigen. Mit Engagement und kreativen Ansätzen wolle sein Unternehmen auch künftig dafür sorgen, dass junge Menschen für das Dachdeckerhandwerk begeistert werden. Hier sei die Politik mehr denn je gefordert pragmatisch mitzuarbeiten, so Jan Witt.

Im Anschluss an den offiziellen Teil nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, bei einem Imbiss ins Gespräch zu kommen und wertvolle Kontakte zu knüpfen. Der Abend zeigte einmal mehr, wie wichtig der persönliche Austausch und die Vernetzung innerhalb des Mittelstands sind.

Dr. Antonia Goldner führt neuen Hamburger Landesvorstand



Der fast vollständige neue Landesvorstand.

Hamburg. Die Mitglieder der MIT Hamburg haben in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung am 15. Oktober 2025 einen neuen Landesvorstand gewählt und Dr. Antonia Goldner MdHB mit breiter Mehrheit zur neuen Vorsitzenden bestimmt. Die 43-Jährige führt beruflich seit Jahren ein mittelständisches Industrieberatungsunternehmen. Politisch war sie in den letzten Jahren stv. MIT-Landesvorsitzende und lenkte Hamburgs größten Kreisverband Nord. Seit rund 20 Jahren ist Goldner in der CDU aktiv, aktuell unter anderem als Vorsitzende des Ortsverbands Eppendorf/Hoheluft-Ost. Zudem ist sie seit 1. September 2025 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und dort hafenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Stellvertretende Vorsitzende sind Markus Brinkmann, Stephanie Pelch und Dr. Philipp Steinwälder, neue Mitgliederbeauftragte Silke Bertram und neuer Schatzmeister Cornelius Brand. Als Beisitzerinnen und Beisitzer fungieren Felix Briesse, Matthias Busold, Ralf-Martin Diedrich, Bahram Habib, Tom Jermann, Bettina Machaczek, Natascha Möller-Hoberg, Claudia Schink und Ugur Ünnü.

Dennis Thering MdHB, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Hamburg und MIT-Mitglied, zeigte sich erfreut: „Jung, weiblich, unternehmerisch – das ist ein kraftvolles Signal. Ich gratuliere Antonia Goldner sehr herzlich zu ihrer Wahl als Landesvorsitzende der MIT! Gemeinsam mit ihrem neuen, starken Team wird sie in den nächsten Jahren das so wichtige Feld der Wirtschaftspolitik an zentraler Stelle bearbeiten. Ich freue mich auf das engagierte gemeinsame Eintreten für die Interessen unserer Hamburger Wirtschaft –

erst recht in diesen herausfordernden Zeiten.“

Antonia Goldner gibt die Linie vor: „Hamburgs rot-grüner Senat tut wenig für die Menschen und die Unternehmen, die das Land am Laufen halten. Die Lage der Wirtschaft ist ernst. Kleinere und mittlere, oft familiär geprägte Unternehmen schultern viele Lasten. Und nun kommen auch noch die Folgen des Volksentscheids zur vorgezogenen Klimaneutralität auf Hamburg zu. Es gibt also mehr als genug zu tun.“

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich sehr herzlich. Auch meinem Vorgänger Prof. Dr. Götz Wiese danke ich vielmals für seine prägende Arbeit in den vergangenen fast sieben Jahren. Ebenso gilt mein ausdrücklicher Dank allen Mitgliedern des neuen Landesvorstands für ihr Engagement – sowie den ausgeschiedenen Mitgliedern Andreas Blümel, Dr. Horst Klemeyer, Klaus Messerschmidt, Christa Minne und Reinhard Stuth.

Die gerade in Hamburg stark mittelständisch geprägte Wirtschaft braucht eine vernehmbare Stimme mit vernünftigen Unternehmerteil – die Zeiten verlangen danach. Ich freue mich auf die kommenden Jahre mit meinem schlagkräftigen, kompetenten Team!“



Dr. Antonia Goldner lenkt die Geschicke des Hamburger Landesverbands in den kommenden zwei Jahren.

Fotos: patricklux.de

Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dringend nötig



Foto: MIT Hessen

V. l. n. r.: Claus Grewenig (Vorstandsvorsitzender von VAUNET), Florian Hager (Intendant des Hessischen Rundfunks und Vorsitzender der ARD), Landrat a. D. Dr. Matthias Wilkes (Co-Vorsitzender der MIT-Kommission „Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“), Dirk Bamberger MdL (medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion) und Professor Thomas Vesting (Medienrechtler).

Wiesbaden. „Wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Zukunft haben will, müssen die jetzt von den Bundesländern angestrebten Reformbemühungen erfolgreich sein“, so lautet das Ergebnis einer hochrangigen Podiumsdiskussion zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Hessischen Landtag in Wiesbaden.

Eingeladen hatten die beiden Co-Vorsitzenden der Kommission der MIT Hessen zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der süd-hessische Bezirksvorsitzende und ehemalige Bergsträßer Landrat Dr. Matthias Wilkes und Rechtsanwalt Dr. Vinzenz Bödeker, Bezirksvorsitzender der MIT Rhein-Main.

Auf dem Podium diskutierten die Spitzen aus Rundfunk und Politik: Neben dem derzeitigen ARD-Vorsitzenden und Intendanten des Hessischen Rundfunks, Florian Hager, der Vorstandsvorsitzende von VAUNET, der 150 private Sender vertritt, Claus Grewenig, der medienpolitische Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Dirk Bamberger, und der renommierte Medienrechtler, Professor Thomas Vesting aus München.

Unter der Moderation von Dr. Matthias Wilkes wurden viele Gemeinsamkeiten, aber auch unterschiedliche Standpunkte deutlich.

Selbst ARD-Vorsitzender Florian Hager betonte die Notwendigkeit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wirtschaftlicher auszurichten. Als Zielsetzung nannte er insbesondere Einsparungen bei Technik, Verwaltung und Personal. „Allerdings macht die Politik es den Sendern selbst schwer, den Weg zur Wirtschaftlichkeit zu beschreiten“, so der Intendant des Hessischen Rundfunks, der damit den Ball an die Länder als Rundfunkgesetzgeber zurückspielte. Der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dirk Bamberger betonte die Notwendigkeit von objektiver Berichterstattung und Qualitätsjournalismus gerade in der Zeit von „Fake News“. Allerdings müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf der Grundlage dieses Auftrags effizienter werden. Insbesondere eine höhere Effizienz der Arbeit der Aufsichts- und Kontrollorgane des Rundfunks sieht Professor Thomas Vesting als Voraussetzung für einen Erfolg des gerade anstehenden Reformvorhabens mit einem neuen Medienstaatsvertrag. Nach seiner Auffassung muss der derzeitige Entwurf in diesem Bereich noch erheblich nachgeschärft werden, um tatsächlich die politisch erhoffte Wirkung zu entfachen. Claus Grewenig wies darauf hin, dass der anstehende neue

Medienstaatsvertrag immer auch mit Blick auf seine Auswirkungen auf die privaten Sender gesehen werden müsse. Er erhoffe sich in diesem Rahmen vor allem mehr Zurückhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei der Werbung, die für die privaten Sender die Existenzgrundlage darstellt. Dr. Matthias Wilkes wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass alle medienwissenschaftlichen Studien belegen, dass Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk dessen Qualität unterminiere und zu einer inhaltlichen Konvergenz im Verhältnis zu den privaten Programmangeboten führe.

Aus dem Publikum, zu dem auch viele Landtagsabgeordnete gehörten, gab es teilweise erhebliche Kritik an der fehlenden sachlich ausgewogenen Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Nach Auffassung vieler Teilnehmer der Diskussionsrunde wird der Erfolg einer Neuausrichtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, auch dessen inhaltliche Ausrichtung auf seinen eigentlichen Auftrag hin zu korrigieren. Nur so werde der beitragsfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk wieder Akzeptanz gewinnen und eine Zukunft haben.

17. Bundesmittelstandstag – MIT ist stark vertreten

Mecklenburg-Vorpommern. Starke Stimme aus Mecklenburg-Vorpommern beim 17. Bundesmittelstandstag in Köln. Die Delegation der MIT MV war mit voller Energie dabei – mit spannenden Gesprächen, klaren Botschaften und einem starken Signal für den Mittelstand.

Besonders hat es die MIT MV gefreut, dass ihre Landesvorsitzende Dorin Müthel-Brenncke erneut zur stellver-

tretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Mit dem besten Ergebnis unter den Stellvertreterinnen und Stellvertretern ist das ein starkes Zeichen für ihre engagierte Arbeit und klare wirtschaftspolitische Haltung. Herzlichen Glückwunsch! Die MIT MV gratuliert allen Gewählten und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit!



Fotos: MIT MV

Zwei aus MV. Philipp Amthor MdB gratuliert Dorin Müthel-Brenncke.



Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern

Nord Stream – Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt

Mecklenburg-Vorpommern. „Nord Stream – Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt“ – unter diesem Motto fand eine Buchlesung mit dem Investigativ – Journalisten Steffen Dobbert statt. Die Brisanz des Themas führte zu einer interessanten Diskussion verbunden mit einem besseren Verständnis für den Beginn des Krieges lange vor dem Jahr 2022.

MIT Laatzen besucht KraussMaffei Extrusion GmbH

Laatzen. Der Stadtverband der MIT Laatzen informierte sich am 08.10. über die Themen rund um die Extrusionstechnik für unterschiedliche Kunststoffe bei der traditionsreichen Firma KraussMaffei in Laatzen.

Der Vorsitzende der MIT Laatzen, Dr. David Novak, begrüßte die Interessierten auf dem neuen Werksgelände

in Laatzen. Er bedankte sich, dass die MIT Laatzen zu einer der ersten Vereinigungen gehört, denen die Ehre zuteil wird, hier einen ausführlichen Rundgang durch die Produktionshallen und den Entwicklungsbereich zu machen. Als Verantwortlicher für den Rundgang stand Paul-Eberhard Kortmann (Head of assembly major projects) über zweieinhalb Stunden Rede und Antwort.

Gegründet wurde die Firma im Jahr 1838 in München, heute ist KraussMaffei einer der weltweit führenden Hersteller von Maschinen und Anlagen für die Produktion und Verarbeitung von Kunststoff und Kautschuk. Das Unternehmen bietet sämtliche Technologien in der Spritzgieß-, Extrusions- und Reaktionstechnik sowie der Automation und Additiven Fertigung – ein Alleinstellungsmerkmal in der Branche.

Mit diesem breiten Leistungsspektrum entwickeln sie innovative Lö-

sungen für die Automobil-, Verpackungs-, Medizin- und Bauindustrie sowie für die Herstellung von Elektrik- und Elektronikprodukten und Haushaltsgeräten. KraussMaffei beschäftigt weltweit rund 4.200 Mitarbeiter. Mit mehr als 30 Tochtergesellschaften, über zehn Produktionsstätten sowie rund 570 Handels- und Servicepartnern sind sie international kundennah vertreten.

Für KraussMaffei steht besonders die Nachhaltigkeit im Vordergrund und hier besonders der Einsatz von eigenen PV-Anlagen zur Nutzung von Solarenergie: Am Standort Laatzen hat man 2024 eine PV-Anlage mit einer avisierten Jahresleistung von 3,7 MWp in Betrieb genommen. Damit schafft man eine Deckung des Strombedarfs zu 43 Prozent von Mai bis Dezember. Am Standort Jiaxing (CN) hat man 2024 eine PV-Anlage mit einer avisierten Leistung von 1,18 MWp in



Foto: MIT NDS

V.l.n.r.: P.-E. Kortmann (KraussMaffei), S. Guts-muths (KraussMaffei) A. Brockmüller (MIT), Dr. D. Novak (MIT).

Betrieb genommen. Und mit der PV-Anlage am Standort Parsdorf, die mit einer Leistung von 9,1 MWp zu einer der größten PV-Aufdachanlagen Europas zählt, konnte man 2024 5.192 MWh Solarstrom erzeugen. Damit wurden 2024 28,4 Prozent des Strombedarfs am Standort mit klimaschonendem Sonnenstrom gedeckt.

Für die Aufgaben der Zukunft sieht KraussMaffei weiterhin gute Chancen unter der Maßgabe, dass sich die Wirtschaft in der EU endlich erholt und hier die Absatzchancen wachsen. Auch den russischen Markt würde man gern wieder beliefern, sobald die Sanktionen wegen des Kriegs mit der Ukraine beendet werden.



V.l.n.r.: die Teilnehmenden an einer sogenannten Schnecke. Besondere Teilnehmer waren die Regionsabgeordnete G. Fiedler-Dreyer, der Stadtverbandsvorsitzende der CDU Pattensen R. Dobberstein und die CDU-Bezirksvorsitzende in H-Mitte D. Rieck-Vogt.

Zukunft der Marktwirtschaft in Cadenabbia

Comer See. Der MIT-Landesvorstand Niedersachsen & Friends tagten am Comer See – in der historischen Sommerresidenz von Konrad Adenauer, in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In der Villa La Collina in Cadenabbia am Comer See kamen Mitglieder des MIT-Landesvorstandes Niedersachsen sowie Gäste aus Wirtschaft und Politik zusammen, um über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zu diskutieren.

Tag 1: Soziale Marktwirtschaft, Wachstum und Wettbewerb

Im Mittelpunkt des ersten Konferenztages standen zentrale wirtschafts- und ordnungspolitische Fragestellungen. Themen wie die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, die Sicherung von Wachstum und Innovation sowie die Bedeutung von Wettbewerb in Zeiten globaler Umbrüche prägten die Diskussionen.

Am Abend bot das Kamingespräch Gelegenheit zu einem vertieften Austausch über internationale Wirtschaftspolitik. Es wurde engagiert über weltwirtschaftliche Zusammenhänge, geopolitische Entwicklungen und die Rolle Europas im globalen Wettbewerb debattiert.

Tag 2: Kommunikation im digitalen Zeitalter

Der zweite Tag widmete sich den Herausforderungen und Chancen moderner Kommunikation.

Dr. Theresa Hein, Gründerin des digitalen Stadtmagazins Hannoverlife, gewährte spannende Einblicke in die Rolle sozialer Medien in Politik und Gesellschaft.

Im Anschluss lernten die Teilnehmenden bei zwei Stadtführungen Land und Leute kennen – ein Beispiel gelebter Begegnung und europäischer Verbundenheit.

In einem anschließenden Workshop betonte Holger Bormann den Dreiklang erfolgreicher politischer Kommunikation:

- Persönliche Begegnung

- Digitale Kommunikation
- Printmedien

Abschließend wurden unter dem Thema „Neue Märkte im Netz“ aktuelle Entwicklungen wie Abo-Modelle, Influencer-Marketing und digitale Dienstleistungen diskutiert. Der Blick richtete sich dabei auf die Frage, wie Mittelstand und Politik digitale Chancen künftig noch besser nutzen können.

Ein herzlicher Dank gilt Dr. Theresa Hein von der Konrad-Adenauer-Stiftung Niedersachsen sowie allen engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge und Impulse. Cadenabbia hat erneut gezeigt, dass Tradition und Zukunft kein Widerspruch sind – sondern gemeinsam die Grundlage für eine starke, moderne Soziale Marktwirtschaft bilden.



Fotos: MIT NDS



Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsunion
Bundesgeschäftsstelle
Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

Redaktion

V. i. S. d. P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: N.N.
info@mit-bw.de
- Bayern: N.N.
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Jan Jacobi
info@mit-bb.de
- Bremen: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Bremerhaven: Dipl.-Ing. Thomas Ventzke
info@cdu-bremerhaven.de
- Hamburg: Oliver Spatz
oliver.spatz@mittelstand-hamburg.de
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Simon Filipp
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Ulrike Mischke
mail@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck
helmut.klapheck@mit-rlp.de
info@mit-rlp.de
- Saarland: Dennis Detzler
dennis.detzler@saar.cdu.de
- Sachsen: Andreas Nowak
post@mit-sachsen.de
Andreas Nowak
presse@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmer
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster
Rocky Keutterling
mit@cdu-erfurt.de

Verlag und Druck

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802213
Telefax: 02226 802222
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Projektleitung

Sonja Bach-Meiers
E-Mail: verlag@ubg365.de

Redaktion

Gabriele Grabowski
E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubg365.de

Art-Direktion

UBG, Betriebsstätte Berlin

Titelbilder

MIT NRW, MIT/Norbert Prümen, MIT Dinslaken-
Voerde, MIT BaWü, MU Bayern, MIT Schleswig-
Holstein, patricklux.de, MIT Hessen, MIT MV,
MIT NDS, MIT Brandenburg

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung
nur mit Genehmigung der MIT.

Brandenburg

Großes Interesse an Vortrag von Dr. Tsetsos bei der MIT Oberhavel

Oberhavel. Bis auf den letzten Platz gefüllt war der Veranstaltungsraum der MIT Oberhavel am Abend des 30.10.2025, als Dr. Eckehard Frisch, Vorstandsvorsitzender der MIT Oberhavel, die Gäste begrüßte und den Abend eröffnete. Im Rahmen der Reihe MITreden sprach anschließend Dr. Tsetsos, Leiter der Zukunftsforschung (Head of Foresight) beim Metis Institut für Strategie und Vorausschau, angesiedelt an der UniBW München zum Thema „Wie resilient ist Deutschland?“ Das große Interesse zeigte, wie aktuell und relevant diese Fragestellung in Zeiten globaler Krisen und wirtschaftlicher Umbrüche ist.



Dr. Tsetsos, Leiter der Zukunftsforschung (Head of Foresight) beim Metis Institut für Strategie und Vorausschau, angesiedelt an der UniBW München

In seiner prägnanten Präsentation beleuchtete Dr. Tsetsos die verschiedenen Facetten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit. Dabei gab er einen Ausblick darauf, was Unternehmen und Regierungen in Zukunft erwarten könnten – und welche Maßnahmen notwendig wären, um Deutschland aber auch Europa langfristig stabil und handlungsfähig zu halten. Besonders im Fokus standen die Themen Digitalisierung, Bedrohungen von außen und die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft.



Foto: MIT Brandenburg

V.l.n.r.: Dr. Eckehard Frisch, Vorstandsvorsitzender MIT Oberhavel, Frau Nicole Walter-Mundt MdL Brandenburg, Vorsitzende CDU Oranienburg, Dr. Konstantinos Tsetsos, Alexander Tönnies, Landrat Landkreis Oberhavel

Im Anschluss entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Die zahlreichen Fragen aus dem Publikum zeigten, wie stark das Thema die Zuhörerinnen und Zuhörer bewegte. Trotz des großen Interesses konnte Dr. Tsetsos aus Zeitgründen nicht alle Fragen beantworten – ein Zeichen dafür, wie viel Gesprächsstoff die Thematik bietet.

Die MIT Oberhavel zeigte sich mit der Veranstaltung hochzufrieden und kündigte bereits an, das Thema Resilienz in zukünftigen MIT-Abenden weiter zu vertiefen.

